

Der Deutsche Metallarbeiter.

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementpreis pro Quartal 1 M.
Polzeitungsliste Nr. 1944 a.
Anzeigenpreis die 3gespaltene Zeile
40 Hg.
Telephon Nr. 535

Schriftleitung:
Quisburg, Seitenstraße 19.
Schluß der Redaktion: Montag
Abend 6 Uhr.
Zuschriften, Abonnementbestellungen
u. sub an die Geschäftsstelle Seiten-
straße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Der Arbeiterjahrgang in der gesundheits-schädlichen und schweren Industrie.

Referat des Kollegen Winter, Vorsitzender des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes Deutschlands, gehalten auf dem 2. christlich-nationalen Arbeiterkongress zu Berlin.

(Schluß)

Pensionstassen.

Einen anderen Standpunkt in dieser Sache nahm kürzlich das Kreisgericht Moers, Spruchkammer Friemersheim, ein. In einer Klage um Herausgabe der geleisteten Pensionstassenbeiträge von der Friedrich-Alfred-Hütte (Krupp) entschied daselbe zugunsten der Arbeiter. Die interessante und tief-sinnige Begründung des Urteils sei hier wörtlich angeführt, es heißt dort:

„Die beklagte Firma hat für alle auf ihrer Friedrich-Alfred-Hütte Rheinhausen gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen eine Pensionstasse eingerichtet, deren Statut nach den Angaben der Firma die Genehmigung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz erhalten hat. Ob und inwieweit die Errichtung der Kasse mit Zustimmung der Arbeiter oder des Arbeiterausschusses erfolgt ist, oder ob dieselben dazu auch nur gehört worden sind, geht aus dem Statut nicht hervor. In der Arbeitsordnung der Beklagten ist keine Bestimmung enthalten, durch die ihre Arbeiter verpflichtet werden, der betreffenden Pensionstasse beizutreten; der Kläger hat also in seinem Arbeitsvertrage eine derartige Verpflichtung nicht übernommen. Seine zwangsweise Heranziehung zur Zahlung von Eintrittsgeld und Beiträgen zu dieser Kasse, sowie die bezüglichen Lohnabzüge sind daher in rechtswidriger Weise erfolgt.“

Ist schon bei den gesetzlich vorgeschriebenen Fabrik-Krankenkassen gemäß § 59 des Krankenversicherungs-Gesetzes Vorsatzung, daß die im Betriebe beschäftigten Personen auf dem Wege des Arbeitsvertrags (durch Fabrikordnung) zum Beitritt verpflichtet werden, um wie vielmehr muß dies bei Kassen privater Natur der Fall sein. Zwar bestimmt § 33 Ziff. 2 der Arbeitsordnung der Beklagten, daß bei der Lohnzahlung in Abzug gebracht werden die Beiträge und Eintrittsgelder zu einer etwaigen Pensionstasse. Dieser Passus könnte aber nur dann in Geltung treten, wenn der Arbeiter der Kasse freiwillig als Mitglied beigetreten oder zum Beitritt rechtlich verpflichtet gewesen wäre. Beides ist nicht der Fall. Wenn es in dem Statut der Pensionstasse § 1 heißt: „alle auf der Friedrich-Alfred-Hütte gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen sind berechtigt und verpflichtet, der Pensionstasse beizutreten.“ so ist dies für den Kläger nicht rechtsverbindlich, denn nicht dieses Statut, sondern lediglich die Arbeitsordnung bildet die Grundlage seines mit der Beklagten abgeschlossenen Arbeitsvertrags.

Aber auch die Bestimmung des § 15 des Kassenstatuts, daß mit dem Ausscheiden des Mitarbeiters aus dem Dienst der Firma alle Ansprüche desselben und seiner Hinterbliebenen an die Pensionstasse erlöschen, verstoßt in einer Weise gegen Treu und Glauben, und der gegen den Kläger ausgeübte Zwang zur Anerkennung einer derartigen Bestimmung so gegen die guten Sitten, daß das ganze zwischen dem Kläger und der Pensionstasse etwa bestehende Rechtsgeschäft als nichtig bezeichnet werden muß. (§§ 138, 157 B. G. B.) Denn die Firma bzw. jeder ihrer Betriebsführer (vergl. Nachtrag zur Arbeitsordnung vom 15. Sept. 1904 Art. 2) ist jederzeit in der Lage, in völlig einseitiger und willkürlicher Weise die Kassenmitglieder durch Entlassung aus dem Dienst der Firma um alle ihre wohlverwahrten Rechte an der Kasse zu bringen.

Wie sehr überhaupt die Kasse mit der Firma und ihren Interessen verquickt ist, geht aus manchen eigenartigen Bestimmungen des Statuts hervor. So ernannt die Firma den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter und den Kassenzähler, während die stimmberechtigten Mitglieder 4 Beisitzer wählen. Ferner soll es gestattet sein, dem Arbeiter, dem endlich eine Pension zufällt, der Firma geschuldete Vorzüge usw. an der Pension in Abzug zu bringen. Allerdings mit seiner Einwilligung, die aber so lange als vorhanden angenommen werden, als der Betreffende keinen Einspruch erhoben hat. Ferner behält die Firma sich darüber die Entscheidung vor, ob die frühere Dienstzeit bei der Firma bei der Berechnung der Pension ganz oder teilweise eingerechnet werden soll; ferner muß ein Mitglied auch gegen die Entscheidung des Vorstandes pensioniert werden, wenn es die Firma verlangt und zwei Drittel der Pension bezahlt. Mehrfach werden auch die Beschlüsse des Vorstandes noch von der Zustimmung der Firma abhängig gemacht. Die Firma ist in der Handhabung der Kassenangelegenheiten also fast überan, obgleich sie nur ein Drittel der Beiträge aufbringt. Sollte man aus dem Umstand, daß der Kläger sich die

Lohnabzüge längere Zeit hat widerspruchslos gefallen lassen, den Schluß ziehen, er habe dadurch sein stillschweigendes Einverständnis kundgegeben, so würde doch dadurch die Rechtmäßigkeit der Abzüge nicht erwiesen sein. Denn Verträge, die dem § 115 zuwiderlaufen, sind gemäß § 117 der G. D. Abs. 1 nichtig, und § 115 verlangt klipp und klare Auszahlung des Lohnes.

Aber auch Absatz 2 des § 117 ist zu berücksichtigen, nach welchem alle Vereinbarungen zwischen den Gewerbetreibenden und ihren Arbeitern nichtig sind, die über die Verwendung des Verdienstes der letzteren getroffen werden zu anderen Zwecken, als zur Beteiligung an Einrichtungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter und ihren Familien. Es soll nicht bestritten werden, daß die Pensionstasse für einzelne Arbeiter als eine solche Einrichtung betrachtet werden kann. Da aber die Pensionierung erst bei völliger Arbeitsunfähigkeit nach einer ununterbrochenen Dienstzeit von 10 Jahren bei der Firma oder ohne Arbeitsunfähigkeit nach einer 40jährigen ununterbrochenen Dienstzeit bei der Firma eintritt liegt es auf der Hand, daß diese Einrichtung nur einem geringen Bruchteil der Arbeiter zugute kommen kann, zumal, da die Firma es jederzeit in der Hand hat, durch eine wenn auch nur zeitweilige Entlassung den Eintritt dieser Verbesserung der Lage der Arbeiter völlig illusorisch zu machen. Um der Voraussetzung des § 117 Abs. 2 zu entsprechen, genügt es aber nicht, daß die Verbesserung der Lage einzelnen Arbeitern zugute kommt, sondern es müssen ihrer alle ohne willkürliche Beschränkungen seitens der Firma teilhaftig werden können, was bei der rigorosen Fassung des Statuts nie der Fall sein kann. Selbst wenn man also eine stillschweigende Vereinbarung zwischen der Beklagten und dem Kläger, daß letzterer der Kasse beizutreten müsse, annehmen wollte, würde diese nichtig sein.

Aus allen diesen Gründen kam das Gericht übereinstimmend zu der Ueberzeugung, daß der gegen den Kläger geübte Zwang zum Beitritt zu dieser Pensionstasse unsittlich war, die zwangsweise eingezogenen Beiträge und Eintrittsgelder daher rechtswidrig am Lohn gekürzt worden sind und demgemäß dem Kläger zurückgezahlt werden müssen, und ist in diesem Sinne erkannt worden.“

Es das Gewerbegerichtsurteil von Friemersheim Nachahmung findet, und ob es möglich ist, auf Grund dieses Urteils den Arbeitern dauernd ihre Anrechte zu sichern, ist noch zweifelhaft. Es ist nicht ausgeschlossen, daß durch eine Aenderung der Arbeitsordnung die im Urteil angezogenen Gründe teilweise hinfällig werden. Immerhin bedeutet die Rechtsauffassung des Friemersheimer Gewerbegerichts einen Fortschritt: es muß nun abgewartet werden, ob die oberen Instanzen denselben Rechtsstandpunkt einnehmen. Bei dem starken Wechsel der Belegschaften auf den großen Hüttenwerken (bis zu 50%), sind die Pensionstassen in ihrer heutigen Verfassung geradezu ein Raub an den Arbeitern zu nennen, wie obiges Beispiel zeigt. Kommt es doch sehr häufig vor, daß Arbeiter 600-700 Mark Beiträge geleistet, aus irgend einem Grunde entlassen werden, und so jedes Anrecht auf die Kasse verlieren.

Wie diese Wohlfahrts-Einrichtungen von unparteiischer Seite bewertet werden, darüber einiges aus der Schrift „Wohlfahrts-Einrichtungen der Arbeitgeber in Deutschland und Frankreich“ von Adolf Günther. Nach eingehenden Untersuchungen kommt der Verfasser zu folgendem Urteil:

„So sind denn die Konsequenzen der Wohlfahrts-Einrichtungen der besprochenen Art (Fabrikwohnungen und Pensionstassen) in Kürze die: unbedingte Untertänigkeit dem unteren Beamten gegenüber, Streberei und Ertötung des Solidaritätsgedankens des Arbeiters; vor allem aber eine dumpfe Gleichgültigkeit gegen höhere kulturelle Fragen. Ich habe Wochen lang im Saargebiet in Arbeiterkreisen verkehrt und den trübsten Eindruck erhalten. Typisch ist jener Bergmann Köster, der im ersten Prozeß Hilger-Krämer vor der Eidesleistung fragte: Wer gibt mir die Garantie, daß ich nicht abgelegt werde, wenn ich die Wahrheit sage?“

Die Abhängigkeit der Arbeiter in der schweren Industrie charakterisierte Professor Brentano sehr zutreffend folgendermaßen:

„Es erstreckt neue Herzogtümer innerhalb des Reiches mit Hunderttausenden von Arbeitern als unmittelbare Gefolgschaft und noch weit mehr mittelbar Abhängige. In selbst die Wirtschaftler, die Bäcker, Fleischer, Krämer sind den Beherrschern der Hüttenbetriebe unterworfen. Beheben, der nicht in allem dem Willen der Nachahmer sich muß.“

— — — In ihrem Gebiete ist das Reichsgesetz, soweit es den untern Klassen Rechte zuerkennt, ausgeschaltet; hier ist der Wille der Betriebshaber Gesetz.“

In welcher Weise die genannten Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen übrigens von den Arbeitgebern selbst bewertet werden, darüber gibt die „Arbeiterzeitung“ vom 9. Oktober 1904 Aufschluß. In einer längeren Abhandlung über „Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen“ heißt es:

„Ueber die praktische Bedeutung der Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen herrschen in den Kreisen des Unternemertums zum Teil recht irrige Ansichten. So ist es denn wohl am Platze, auf diesen Gegenstand noch einmal in möglichst unparteiischer Weise einzugehen. Die auf das Wohl der Arbeiterschaft gerichteten Bestrebungen besitzen keineswegs einen reinen karitativen Charakter. Sie entspringen vielmehr in erster Linie Erwägungen sozialpolitischer Art. Außerdem unterjochten sie sich von den Werken der freien Wohlfahrtigkeit dadurch, daß zwischen Gebern und Empfängern, d. h. also zwischen den Unternehmern und den Arbeitern, ein Geschäftsverhältnis, also der Lohnvertrag, besteht, woraus für den Geber die Möglichkeit erwächst, die Kosten für die Wohlfahrts-Einrichtungen auf den Empfänger selbst abzuwälzen, indem er sie ihm vom Arbeitslohn abzieht.“

Im allgemeinen liegen die Verhältnisse so, daß die Errichtung von Wohlfahrts-Einrichtungen gerade durch das Interesse der Arbeitgeber selbst bedingt wird. Man kann demnach sagen, daß überall da, wo für Arbeitgeber ein Vorteil aus solchen Wohlfahrts-Einrichtungen nicht erwächst, deren Schaffung unterbleibt. Hieraus in erster Linie erklärt sich die große Verschiedenheit in den von den einzelnen Arbeitgebern zu den genannten Zwecken gemachten Aufwendungen.“

Natürlich ist es eine durchaus berechnete Handlungsweise, wenn die Arbeitgeber solcherart Wohlfahrts-Einrichtungen zum Zweck der Streitabwehr benutzen. Nur kann man alsdann solche Einrichtungen nicht mehr als Ausfluß einer uneigennütigen Denkfähigkeit hinstellen, sondern muß sie als ein nach Lage der Dinge gewiß außerordentlich loyales und darum auch politisch wertvolles Mittel zum Zweck der Streitabwehr bezeichnen. Immerhin ist von diesem Gesichtspunkt aus die Errichtung von Arbeiterwohnungen und Pensionstassen in humanitärer Hinsicht keineswegs höher einzuschätzen, als zum Beispiel die Errichtung von Arbeitsnachweisen durch die Arbeitgeber. Leider können sich zu der Erkenntnis, daß solche Arbeitsnachweise, ebenso wie Pensionstassen und Arbeiterwohnungen die Eigenschaft besitzen, gleichzeitig Einrichtungen zum Wohl der Arbeiter und Mittel zur Bekämpfung frivoler Arbeitseinstellungen und deshalb einander gleichwertig zu sein, gerade solche Arbeitgeber nicht durchringen, die ihre Arbeiter in eigenen Wohnungen untergebracht haben. Sie halten vielmehr an dem Wahne fest, daß die Errichtung von Fabrikwohnungen nicht nur eine besondere Sicherung gegen die Streitgefahr bietet, sondern daß sie vor allem die Leiter der Betriebe als besonders wohlthätige Leute hinstellen. — — — Die Arbeitgeber müssen einsehen lernen, daß Arbeitsnachweise, Pensionstassen und Arbeiterwohnungen, sobald sie von den Arbeitgebern eingerichtet und verwaltet werden, Institutionen darstellen, die zwar den Arbeitern zum Vorteil gereichen, zugleich aber auch in nachhaltiger Weise den Interessen der Arbeitgeber dienen.“

Solvent das Urteil der gewiß in dieser Sache unparteiisch „sachmännischen“ „Arbeiterzeitung“. Grundsätzlich ist wohl der Nimbus der sogenannten Wohlfahrts-Einrichtungen noch nicht zerstört worden, wie es hier geschehen ist.

Mit zynischer Offenheit wird zugestanden, daß die sogenannte „Arbeiterwohlfahrt“ nur eine Dekoration darstellt, um die Bestrebungen der Arbeiter für günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen niederzuhalten. Es fehlt nur, daß die schwarzen Listen, Sperremaßnahmen usw. auch noch in die „Arbeiterwohlfahrt“ eingereiht werden. Denn im Sinne der „Arbeiterzeitung“ sollen dieselben ja auch dazu dienen, „frivole“ Streiks zu verhüten.

Es ist deshalb notwendig, der übergroßen Abhängigkeit der Arbeiter auf den großen Riesenwerken, welche durch genannte Wohlfahrts-Einrichtungen noch vergrößert wird, Schranken zu ziehen. Es müssen gesetzliche Bestimmungen getroffen werden, daß sowohl hinsichtlich der Wohnungen die Willkür gebrochen, die Mietzeiten den ortsüblichen Verhältnissen angepaßt werden. Andererseits auch die Anrechte an den Pensionstassen gesichert bleiben, eventuell bei

Austritt aus dem Arbeitsverhältnis die gezahlten Beiträge zurückerstattet werden müssen. Noch ein Wort über

Die Koalitionsfreiheit der Arbeiter in der schweren Industrie.

Wenn im allgemeinen das Unternehmertum kein Feind der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen ist, so ist es doch die größte Gegner und Schanzmacher in der schweren Industrie. List und Gewalt, Spießtun und scheinbare Wohlthätigkeit wird vielfach angewendet, um die Organisation im Keime zu ersticken und unmöglich zu machen. Das vorher behandelte Kapitel „Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen“ hat drastische Beispiele geliefert, wie solche Einrichtungen eingestandenemachen vorwiegend nur den Zweck haben, die gewerkschaftliche Tätigkeit, welche auf Besserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse gerichtet ist, unmöglich zu machen. Ein raffiniertes Spieß-, Kriecher- und Demunziantentum wurde außerdem vielfach unter den Arbeitern herangebildet resp. gezüchtet, welches einer Geheimpolizei alle Ehre machen würde. Auf Grund desselben sind die Vorgesetzten sofort von allem unrichtig, was vorgeht, selbst über die intimsten Gespräche und Abmachungen der Arbeiter untereinander. Ein kleiner Handwerksmeister mit wenigen Gefellen kann über deren Gesinnung und Handlungen nicht so genau unterrichtet sein, wie die Beamten und Meister der Tausende von Arbeitern auf den Hüttenwerken.

Tausenderlei sind die Mittel, welche den großen Werken zur Verfügung stehen, um den Keil der Zwietracht, des Mißtrauens, der Unsolidarität unter die Arbeiter zu bringen. An erster Stelle steht die ungehörige Klassifizierung der Löhne, welche im Verhältnis zu der zu leistenden Arbeit gar nicht zu rechtfertigen ist. — Durch dieses System wird immer ein Teil der Arbeiter in seiner Lohnlage befriedigt, und die unteren in Schach gehalten. Die oberen wiederum, indem sie befürchten müssen, bei der geringsten Mißbilligung von ihrem Posten entfernt und durch einen der unter ihnen stehenden ersetzt zu werden. Ein weiteres Mittel ist die bei den Arbeitern so beliebte

Gewerkschaft.

Stelungen und Demunzianten können die besten Anforde gegeben, oder an Arbeitsplätzen gestellt, die leicht und doch hoch bezahlt werden; während den Arbeitern, die sich mißlieblich gemacht, schwere und schlecht bezahlte Arbeit überwiesen werden kann (sogen. Straßkolonnen). Dieses alles ist geeignet, die Solidarität zu untergraben, ein gemeinsames Handeln unmöglich zu machen. Deshalb auch die geringe Organisation unter den Arbeitern in der schweren Industrie. Abgesehen von der Wirkung der langen, schweren, Geist und Körper abnumpfenden Arbeit, die jede geistige Regsamkeit erschwert.

Ein weiteres beliebtes Mittel ist, sogenannte

Werkvereine

zu gründen, wo wiederum noch extra irgend eine „Unterstützung“ mit verbunden ist. Auch Gefangene, zur Unterhaltung und Deforation eines jährlich abzuhaltenden Festes. Oder die Arbeiter werden in eine glänzende Uniform gekleidet, wie es im Saargebiet gebräuchlich ist. In letzter Zeit haben sich die Arbeitgeber es viel kosten lassen, um sogenannte

gelbe Gewerkschaften

als Leben zu rufen. Unter dem Deckmantel von „vaterländischen Arbeitervereinen“ sucht man dieselben jetzt zu zentralisieren. Am 19. und 20. Mai dieses Jahres haben diese Gelben in Hamburg unter Führung des „Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie“ sich ein Stellbuchein gegeben, um System hineinzu bringen. Angeblich sollen 10 000 Arbeiter vertreten gewesen sein. Diese Angaben sind aber nicht auf ihre Richtigkeit kontrollierbar, weil in einzelnen keine Zahlen angegeben sind.

Als Aufgabe hat sich der sogenannte „Bund vaterländischer Arbeitervereine“ gestellt:

- a) „Erwägungen“ von sozialpolitischen und wirtschaftlichen Fragen anzustellen, um so die Sache der Arbeiter zu verfolgen und zu fördern.“
b) Mit Bezug auf die Unternehmer will der Bund das gute Verhältnis zu den Arbeitern und sucht Arbeitseinstellungen nach Möglichkeit zu hindern.“

Das wäre also die Haupttätigkeit dieses Bundes. Die Zugkraft dürfte demselben bei den Arbeitern wohl kaum beschaffen sein. Selbst ein Teil der Disziplinärredner meinte, ohne die Waffe des Streiks nicht auskommen zu können. So in die Enge gedrückt, meinte selbst der Hauptredner, ein Sekretär des „Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie“: Wenn er die Disziplinärredner richtig verstanden habe, müsse er sich sagen: „Du hast einen Kohl vorgebracht, der von niemanden verstanden worden ist.“ Diese Selbsterkenntnis dürfte wohl den einzigen vernünftigen Gedanken enthalten, der auf dieser „Tagung“ geäußert wurde. Die Situation richtig gekennzeichnet hat jedenfalls die „Soziale Praxis“, als sie schrieb: „Die Gründung des Bundes ist zu Pfingsten auf Kosten unbekannter Geister vor sich gegangen.“ Die wenig die Arbeiter an dieser Grün-

dung beteiligt waren, zeigt, daß die Herren Generalmajor von Gersdorf, ein Beamter der Hamburg-Amerika-Linie, Graf Eberhard von Moltke u. a., alles Leute, die sonst nirgends zu finden sind. wo Arbeiterinteressen vertreten werden, als Hauptakteure erschienen waren. Es ist wohl nicht abzusehen, daß in der schweren Industrie bei der gewaltigen Kapitalmacht und der Unfähigkeit

Unterdrückung der Freiheit.

die gelben Gewerkschaften eine Gefahr für das Koalitionsrecht der Arbeiter bedeuten und schwere Konflikte im Gefolge haben können. Dazu schreibt die schon genannte „Soz. Praxis“:

„Gelbe Gewerkschaften, als welche sich die an allen großen Industriepfählen (Magdeburg, Nürnberg, Magdeburg, Dresden, Berlin, Hamburg, Gera, Strimmischau, Sothringen) Saargebiet, darf noch hinzugefügt werden) jetzt aufstrebenden „nationalen Arbeitervereine“ traurigerweise vielfach entpuppen, können für die Arbeiterwelt eines Landes geradezu verhängnisvoll werden, wie die Erfahrungen des Auslandes, Amerikas, Frankreichs, der Schweiz, beweisen. Denn sie erzeugen den Bruderhaß in den Arbeiterreihen, der bei Streiks und Ausperrungen sich allzu leicht in Erzeßes Lust macht. Dieser Tage noch hat in Anknüpfung an den Ausnahmefall in Ludwigshafen die französische Presse neidvoll gerühmt, wie musterhaft sich die Kiefenkämpfe in Deutschland, ohne Gewalttat und öffentliche Unruhe im allgemeinen abspielten.

Frankreich und die Schweiz können setzen einen größeren Streik ohne unjassende Militärausgäbe sich abwickeln lassen, weil häufig Zusammenstöße drohen. Die Schweiz hat ihren Hund der „Gelben“. Frankreich hat seine 5- bis 600 000 „jaunes“ nicht gerade zum Segen der Unternehmer und zum ruhigen Gedeihen der französischen Industrie, jedenfalls zum Fluche der französischen Gewerkschaftsbewegung, die in ihrer legitimen Betätigung durch die Gelben gehemmt und gelähmt, zu der dialektischen Theorie der action directe, dem Generalstreik und der Sabotage gedrängt werden ist.

Mag auch die deutsche Arbeiterschaft zu gut erzogen sein, um jemals in solche Barbarei zu verfallen, schon die Gefahr einer derartigen sozialen Gesinnungsanarchie heraufzubestimmen, um geordnete Reihen disziplinierter Gewerkschaften, deren Führer sich allmählich zu den verständigsten friedlichen Förderern wohlgeleiteter Arbeit entwickeln, zu sprengen, heißt den Teufel durch Beelzebub austreiben.“

Trotz dieser vernichtenden Kritik nachwachsender bürgerlicher Sozialreformer, und der schlechten Erfahrungen des Auslandes wird das Unternehmertum insbesondere der schweren Industrie alles aufzubieten, um diese „Gesinnungsanarchie“ unter den Arbeitern weiter zu verbreiten. Wo Lebensmittel und Zuckerbrot nicht zum Ziele führen, da fährt man selbst vor brutalen Machtmitteln nicht zurück, wie sie an so vielen Stellen zur Ausübung gelangen.

Das drastische Beispiel war der große

Kampf im Saargebiet

auf der Durbacher Hütte, welchen der christlich-soziale Metallarbeiterverband zu führen hatte. Derselbe wurde von einzelnen Organen besucht, die Arbeiter vor der Organisation gewarnt zu haben, an die niederen Instanzen der Arbeiter appelliert, auf die Dauer, welche sich von den „Arbeitergewerkschaften“ angelehnt hätten, hingewiesen. Zeigte sich dieses erfolglos, wurde mit Vorbedacht in Gestalt einer kleinen Lohnaufbesserung versucht, nachdem auch dieses Mittel vergeblich wurde zur Maßregelung und Entlassung geschritten. 30-40 Mann auf einmal wurden. Letztere der Durbacher Hütte aufs Straßenschaubühnen gemorren, wegen Zugschwäche von christlichen Metallarbeiterverband, welches natürlich hinterher bestritten wurde. Diese vorangegangenen Schikanen hatten aber selbst die Gebuld dieser durch die schwere Arbeit abgenutzten Hüttenarbeiter erschöpft. Mit elementarem Gewalt brach sich der Unwille Bahn, und über 3000 Mann legten die Arbeit nieder, um gegen das Vorgehen der Firma Protest einzulegen. Es war der erste große Kampf der Hüttenarbeiter um ihre Koalitionsfreiheit: möge es die Morgendämmerung einer besseren Zukunft sein.

Der „Herr im Hause-Standard“ den Arbeitern gegenüber wird nirgends unmaßstäblicher vertreten, als in der schweren Industrie. Obwohl die Herren heute eigentlich nicht mehr Herr in „ihrem Hause“ d. h. ihren Werken sind. Im § 45 des Kartellstatuts heißt es: „Es ist den Stahlwerksbesitzern nicht gestattet, Anlagen, welche einem Mitgliede dieses Verbandes gehören, und in denen Produkte A und B hergestellt werden, zu kaufen oder unter eigenem oder fremdem Namen zu betreiben“ usw. Das Stahlwerkstatut schreibt also vor, was die Besitzer zu tun und zu lassen haben, und nicht mehr die eigenen Werkstellungen.

Sperremaßnahmen.

Ein weiteres beliebtes Mittel, die Organisation der Arbeiter niederzuhalten, sind die sogenannten Sperremaßnahmen, d. h. Vereinbarungen der Werkstätten, abgeleitete Arbeiter unterhalb einer bestimmten Frist (in der Regel drei Monate) nicht einzustellen. Hierdurch sind die Arbeiter gezwungen, entweder alles über sich ergehen zu lassen, mit den jämmerlichen Arbeits- und Lohnbedingungen zufrieden zu sein oder auszuwandern oder einen anderen Beruf zu ergreifen. Bei der engen Kartellierung der schweren Industrie (Stahlwerkverband, Hüttenverband) ist es möglich, Arbeiter über ganz Deutschland brotlos zu machen und sie in ihrem Fortkommen zu

hindern. Die Herren Arbeitgeber rühten sich in ihrer Sache schon so sicher und ungeniert, daß solche Vereinbarungen nicht mehr im Stillen, sondern in aller Öffentlichkeit als Kampfmittel gegen die Arbeiter empfohlen werden. Vor kurzer Zeit ging durch die Presse eine Notiz, wonach Vertreter der Arbeitgeberverbände von Elberfeld, Solingen, Remscheid, Welsch, Hagen, Düsseldorf zusammengewesen sind. An der Zusammenkunft habe auch Generalsekretär Dr. Beumer (Verband der Metallindustriellen) teilgenommen. Es sei beschlossen worden, einen solchen Meinungsaustausch der Arbeitgeberverbände des gesamten niederrheinischen und westfälischen Industriebezirks von Zeit zu Zeit regelmäßig zu wiederholen. Dann heißt es in dem Protokollauszug:

„Eine längere Aussprache knüpfte sich an die Frage, wie dem fortwährenden Wechsel der Arbeiter Einhalt geboten werden könne. Besondere Interesse erregten die Mitteilungen über die Vereinbarungen einer Karenzzeit. Einer der anwesenden Vertreter teilte mit, daß sich die Mitglieder seines Verbandes gegenseitig verpflichtet hätten, innerhalb dreier Monate keinen Arbeiter einzustellen, der von einem in ein anderes dem Verbands angehörendes Werk übergehen wolle. Nach den damit gemachten Erfahrungen sind derartige Vereinbarungen, nächst dem obligatorischen Arbeitgeber-Arbeiternachweis, das geeignetste Mittel zur Heranziehung einer festhaften Arbeiterschaft.“

Der Ausdruck „festhafte“ Arbeiterschaft ist nur eine verächtliche Umschreibung für

willenslose, willfährige Arbeiterschaft

Wo gute Arbeits- und Lohnbedingungen vorliegen, werden die Arbeiter von selbst gern „festhaft“, dort bedarf es der Zwangsmassregeln nicht. Alle diese Maßnahmen haben nur den Zweck, die Arbeiter in der denkbar größten Abhängigkeit zu erhalten und die Organisationsbestrebungen der Arbeiter zu hintertreiben.

Daß aber auch in der schweren Industrie die Organisation möglich, ja segensreich wirken kann, beweisen die Verhältnisse in England, wo in der schweren Industrie schon seit dem Jahre 1869 zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer Tarife abgeschlossen wurden, eine gleiche Lohnsala vorhanden ist. Mit Stolz konnte der englische Sekretär der Hütten- und Walzwerker der deutschen Studienkommission erklären:

„In keinem anderen Gewerbe des Landes sind die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie deren Vertretern so gute und freundschaftliche wie in der Eisen- und Stahlindustrie.“

In Deutschland ist das Gegenteil der Fall, hier muß ohne Ueberzeugung gesagt werden: In keinem anderen Gewerbe — nicht einmal im Bergbau — tritt die Gegnerschaft zu den Arbeiterorganisationen so heftig hervor, wie in der schweren Gewerbe der Hütten-, Eisen- und Stahlindustrie. Ein stärkerer Schutz der Koalitionsfreiheit sowie der Freizügigkeit der Arbeiter gegenüber dem Schernmassregeln des syndizierten übermächtigen Großkapitals, welches in Kartelle und Subjekte über ganz Deutschland im Hüttenstand und Stahlwerkstand vereinigt ist, ist eine unbedingte Notwendigkeit. In anderen Fällen die Arbeiterschaft immer tiefer ins Sklavensoch herabsinkt.

Schluss.

Fassen wir das Gesagte noch einmal kurz zusammen, so ergeben die Darlegungen auf der einen Seite ein glänzendes Bild der Entwicklung der deutschen schweren Industrie. Technik und Massenproduktion hat derselben in verhältnismäßig kurzer Zeit den zweiten Platz unter allen Ländern der Welt verschafft. In den mächtigsten Syndikaten und Kartellen ist sie einheitlich zusammengeschlossen, worin die Produktion und Preislage geregelt wird. Das in der schweren Industrie angelegte Kapital ist das gewinnbringendste unter allen Industriegruppen.

Auf der anderen Seite ist die Lage der Arbeiter eine traurige zu nennen: 12- und 24stündige sehr angestrenzte Arbeitszeit, Sonn- und Feiertags-, Tage und Nachtarbeit ist die Regel. Die Unfallszahlen und Krankheitsziffern sind die höchsten unter allen Arbeitergruppen.

Die sanitären und hygienischen Einrichtungen lassen viel zu wünschen übrig und sind zum großen Teil den heutigen fortgeschrittenen Verhältnissen unwürdig. Das Koalitionsrecht der Arbeiter wird mißachtet oder gewaltsam unterdrückt. Mit zweifelhafte Wohlfahrts-Einrichtungen wird das Mitbestimmungsrecht bei Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auszuweichen gesucht. Durch Sperremaßnahmen werden die Arbeiter in ihrer Bewegungsfreiheit gehindert und in ihrem Fortkommen geschädigt. Die Löhne sind entsprechend der schweren, anstrengenden Arbeit ungenügend. Kurz, in der schweren Industrie hat sich ein Industriejudaismus herausgebildet, und ihre Arbeiter laufen Gefahr, in ein modernes Döngelverhältnis herabgedrückt und rechtlos gemacht zu werden.

Aus eigener Kraft ist es ihnen nicht möglich, gegen die Hebermacht des Kapitals allein anzukämpfen. Die Arbeiter der schweren Industrie, der Hütten-, Stahl- und Walzwerke rufen heute die öffentliche Meinung auf zur Hilfe. Von dem Parlament und der Regierung verlangen dieselben einen größeren Schutz gegen die Macht des Kapitals. Vor allen

Dingen erwarten dieselben von der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands, daß sie mit ihnen gemeinsam ihren Einfluß geltend macht, damit der Hüter nicht nutzlos verhallt.

Wichtig sind die Reformen, welche notwendig sind, doch die Kardinalfrage ist eine Beschränkung der Arbeitszeit, der

Wichtigste Arbeitstag

für die Hochöfen- und Feuerarbeiter.

Der zweite christlich-nationale Arbeiterkongreß nebst dem christlichen Metallarbeiterverband können es sich zur Ehre anrechnen, die ersten gewesen zu sein, welche als geschlossene Korporationen die Forderung eines größeren Schutzes für die Arbeiter der schweren Industrie, der Hütten-, Stahl- und Walzwerke vor aller Öffentlichkeit erhoben und mit Nachdruck unterstützt zu haben.

An die Hütten- und Walzwerksarbeiter in ganz Deutschland aber sei hiermit der Ruf gerichtet: Arbeiter, wacht auf aus eurer Selbstargie! Erzeigt euch dankbar, tretet ein in die Reihen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, welche für euch eine bessere Lebenslage zu erkämpfen bereit, einen erhöhten Schutz zu verschaffen entschlossen ist.

Dem Parlament und der Reichsregierung aber sei der Wille seiner Majestät des Kaisers in Erinnerung gebracht, als Hochherzliche bei feierlicher Gelegenheit am 31. August dieses Jahres in Münster der Arbeiter der schweren Industrie gedachte in den

„Ich gedenke hierbei auch der Arbeiter, die in den gewaltigen industriellen Unternehmungen vor den Höfen und unter Tage im Stollen mit nerviger Faust ihr Werk verrichten. Die Sorge für sie, ihren Wohlstand und ihre Wohlfahrt habe ich als teures Erbe von meinem in Gott ruhenden Großvater übernommen, und es ist mein Wunsch und Wille, daß wir auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge festhalten an den Grundrissen, die in der unvergeßlichen Botshaft Kaiser Wilhelms des Großen niedergelegt sind.“

Wegen diese Kaiserworte auch an unseren hilfebedürftigen Kollegen in der schweren Industrie, den Hütten- und Feuerarbeitern bald in Erfüllung gehen. Worten:

* * *

Soweit das Referat des Verbandsvorsitzenden Wieber, das er auf dem Berliner Arbeiterkongreß über den Arbeiterschutz in der schweren Gesundheits-schädlichen Industrie gehalten hat. Durch die Behandlung dieser brennenden Frage hat sich der christlich-nationale Arbeiterkongreß um die schwer gedrückten und von der Gesetzgebung vernachlässigten Arbeiter der schweren Industrie ein großes Verdienst erworben, er hat dadurch für unsere Hütten-, Stahl- und Walzwerksarbeiter eine ganz besondere Bedeutung erlangt.

Das sozialistisch niedergelegte Referat enthält eine Fülle von Tatsachenmaterial, ist aber auch das Resultat langer, mühevoller Arbeit und hat bei Freund und Gegner Anerkennung gefunden. Nur blinder Haß, wie er zum Beispiel bei einem liberalen Blatt am Wiedersehen anzutreffen ist, das übrigens als verhasste Gegnerin der christlichen Gewerkschaften bekannt ist, kann das Referat abfällig beurteilen. Noch kein Volkswirtschaftler oder Nationalökonom hat bis heute die Verhältnisse in der Großenindustrie zum Gegenstand einer eingehenden Arbeit gemacht, wie dieses zum Beispiel für den Bergbau, Textilindustrie u. a. der Fall ist. Wie die Duisburger Zeitung mitteilte, hat ein Regierungsvertreter das Referat Wiebers als die gediegenste und umfassendste Arbeit bezeichnet, die bis jetzt auf diesem Gebiete vorhanden sei. Und welche große Bedeutung man von Unternehmerseite der Behandlung dieser Frage in Berlin entgegenbrachte, ergab allein schon aus der Tatsache hervor, daß der Zentralverband deutscher Industrieeller wie auch die Firma Krupp ihre Vertreter entsandt hatten. Ueber die Wirkung des Vortrags auf dem Kongreß schreibt die Weidenfelder Arbeiterzeitung, das Organ der kath. Arbeitervereine Westdeutschlands:

„Die Wichtigkeit ihrer Dringlichkeit und Bedeutung der in Betracht kommenden Industrie weitaus wichtigste Frage der Tagesordnung des Kongresses war die Frage des Arbeiterschutzes in der schweren und gesundheits-schädlichen Industrie.“

Diese Frage hatte in dem Vorsitzenden des christlichen Metallarbeiterverbandes Wieber aber auch einen hervorragenden Interpreten als dem Arbeiterstande gesunden. Wieber hatte in seinem christlichen Referat weit ausgeholt und die wirtschaftliche und soziale Lage der Hütten- und Walzwerksarbeiter mitten in die Entwicklung ihrer Industrie hineingeführt. Das müssen die Herren Vertreter der Industrie, (drei Sekretäre des Generalverbandes Deutscher Industrieeller und ein Vertreter der Firma Krupp) die zu diesem Referat auf dem Kongreß erschienen, dem Referenten zugehören: Er hat sich keine Sache nicht leicht gemacht. Er hat mit gutem Willen versucht, ein Bild nach der Natur zu zeichnen, mit Licht- und Schattenseiten. Freilich, ein frischer, herzhafter Ton befehle in der Vortrag. Es sprach eben ein Metallarbeiter, dessen Haar in der jugendlichen Glatze der Höfen gebleicht worden ist. Das hörte man dem Vortrag auch an: man sah darin die Höfen aufleuchten und blühte die Glut der Stahlerne. „Es sind noch Bedenken unter unsern Hütten- und Walzwerksarbeitern, freilich, aber

erst ihnen in die milde Augen, dann begriff ihr, warum wie die Forderung der Arbeitszeitverkürzung an die Spitze aller unserer Forderungen für diese Arbeiterlagereiten stellen.“ meinte er mit Recht. Was nützen alle Wohl-fahrtseinrichtungen der Werke, wenn das mörderische Feuer, Körper und Geist verrottet und die Schwere der Arbeit die Gesundheit der Leute zerstört? Wieder hält die Einführung der Achtstundenschicht an Stelle der zwölfstündigen für möglich und wenn ihre Einführung auch Opfer von den Werksbesitzern und von der Gesundheit des Volkes fordert, gilt die Gesundheit Tausender von Menschen, nicht unendlich mehr, wie Kapitalprofit?“

Die Duisburger Zeitung bringt folgendes Stim-mungsbild:

„Mit der ihm eigenen glänzenden Nebenergabe sprach Wieber über den Arbeiterschutz in der gesundheits-schädlichen und der schweren Industrie. Wieber ist eine der populärsten Persönlichkeiten des Kongresses. Seit 30 Jahren kämpft der Mann für die Besserung der Lage der Metallarbeiter. Unbekümmert um die Gunst von oben und den Beifall von unten vertritt er das, was er für recht erkennt. Sein Referat ist ein Meisterstück. Ueber ein Jahr hat der fleißige Arbeiter Material zusammengetragen und bearbeitet und nun verkündete er von der Tribüne die Resultate seiner Forderung, zum Teil schwere Anlagen erhebend, aber alles durch Material belegend. Zu seinen Füßen saßen der Leiter des Krupp'schen Werkes sowie der Redakteur des Bergbaulichen Vereins-Ma-ch-t-ich-tun-Bureau und machten eifrig Notizen.“

Die der Großindustrie nahesteheende Kölnische Zei-tung macht ihre Bedenken gegen die Einführung des Achtstundentages wieder geltend, zwar in objektiver Form. Sie schreibt:

„Was im Besonderen die schwere Industrie be-trifft, so ist dem Berichterstatter, dem Vorsitzenden des christlichen Metallarbeiterverbandes, Wieber, der Beweis nicht gelungen, daß die achtstündige Arbeitszeit für die Feuerarbeiter so leicht sich einführen lasse. Wieber hat auf der Metallarbeiterkonferenz in Duisburg im August 1903 dieselben Argumente wie jetzt in Berlin ins Treffen geführt; demgegenüber haben wir schon damals die großen Schwierigkeiten, besonders im Wettbewerb auf dem Welt-markt, eingehend dargelegt. Diese Schwierigkeiten sind durch die Berichte und die Erörterungen auf dem Berliner Kon-gress keineswegs ausgeräumt worden.“

Daß die Einführung des Achtstundentages den-noch möglich ist, wurde damals nach der Duisbur-ger Konferenz von uns schon in einem längeren Ar-tikel und ist jetzt wieder in dem Referat nachgewiesen.

Die Forderung des Achtstundentages ist und bleibt die Kardinalfrage, der Angelpunkt der ganzen Angelegenheit. Sie muß endlich erfüllt werden, trotz des Widerstandes der Unternehmer, die ja auch auf der Generalversammlung des Zentralverbandes Deutscher Industrieeller am 28. Oktober dagegen Einspruch er-hoben haben. Durch Stärkung und Ausbau der Or-ganisation müssen die Arbeiter alle Schwierigkeiten zu überwinden suchen. Der christliche Metallarbei-terverband hat die Bewegung der Hütten-, Stahl- und Walzwerksarbeiter in Fluß gebracht und wird nicht eher ruhen, bis das Los der Arbeiter durch erhöhten Schutz ihrer Gesundheit und Arbeitskraft erleichtert ist.

Das Referat des Kollegen Wieber wird auf viel-seitigen Wunsch aus Kollegentreue demnächst in deutscher Form erscheinen, worauf wir jetzt schon hinweisen möchten. Nicht unserer Kollegen muß es dann sein, für eine weitgehende Verbreitung Sorge zu tragen.

Arbeiterinnenorganisation.

(Schluß)

Wir sahen also, die Organisationshindernisse, welche in der weiblichen Eigenart liegen, können überwunden und sollen in gewerkschafts-fördernde Fak-toren umgewandelt werden.

Dann müssen wir uns aber jenen Faktoren zuwen-den, die nicht im Innern der Arbeiterin gelegen, sondern durch ihre Stellung im Menschheits- und Industrieleben bedingt sind. Zu ihrer Überwindung gehört weniger Kampf gegen alte Vorurteile, dafür aber mehr praktische Organisationsreform.

Zunächst sind der wenig verdienenden Arbeiterin die Beiträge meist zu hoch. Fast in allen Verbänden kommt man ihr deshalb durch billigere Beitrags-klassen mit entsprechend niedrigeren Unterstützungs-lätzen entgegen. Wir fürchten aber, daß man dabei oft zu hemmlich vorgeht. Es wäre sicher gut, den großen Lohnabsatzungen durch mehrere weibliche Bei-tragsabteilungen Rechnung zu tragen und wir für-den auch darin keine Sünde gegen das Finanzprinzip der Organisationen, wenn man den relativ höheren Wert einer Geldsumme im Prozentfuß zum Gesamt-lohn für die Arbeiterin in Anrechnung bringen wollte. Wenn zum Beispiel eine 12 M. wöchentlich verdienende Arbeiterin 20 Pfennig Beitrag entrichtet, so ist dies unstrittig relativ d. h. im Verhältnis zu ihrer Zahlungsfähigkeit mehr, als wenn ein Arbeiter mit 24 M. Lohn mit 40 Pfennig besteuert wird. Die Regel von der progressiven Einkommenssteuer könnte hier ganz gut auf die gewerkschaftliche Steuer-positional angewandt werden.

Vor allem jedoch nimmt unser Unterstützungs-wesen noch zu wenig Rücksicht auf die Mitgliedschaft von Arbeiterinnen. Ihnen müssen unstrittig beson-dere Unterstützungsmöglichkeiten, vor allem aber auch Unter-stützungswerte geschaffen werden. Die Reiseunter-stützung, welche dem Gehilfen recht nützlich sein kann,

ist zum Beispiel für das Weibchen oder gar die ganz zweifelslos, dagegen braucht letztere dringend eine Ergänzungsleistung zur gesetzlichen Weibchenunterstützung und auch eine kleine Gabe an verheiratete Frauen in dem Falle, wo der Mann an einem Streik beteiligt ist, wie sie der Frauengewerkschaft eingeleitet hat, würde zweifelslos manche hartgeplagte Fabrikarbeiterin auch nach der Verschickung der Or-ganisation erhalten. Die Arbeiterin in ihrer Doppel-funktion als Arbeiterin und Familienmutter erfordert eben auch doppelte Beachtung seitens der Organisa-tion, sie ist ja auch meist die gefährlichste Lohn-brückerin. Man könnte deshalb auch eine Sterbe-unterstützung für Kinder von weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern und ähnliches in Erwägung ziehen.

Darf man aber die Männer so zu Gunsten gerade der verheirateten Frauen belasten? Wir möchten mit einem Ja antworten; die Männer, welche die Fabrikarbeit verheirateter Frauen keiner Zeit zulassen, ihr eigenes und ihrer Familien Wohl verschlechternd und die Löhne herabdrückend, können für diese Vergangen-heitsünde schon etwas besteuert werden, vor allem aber mögen sie durch solche Extraleistungen dem exceptionellen Charakter der Arbeit verheirateter Frauen erkennen lernen und das ihrige zur Ein-schränkung der Mitarbeit von Familienmüttern tun. Selbst wenn die Frauemitglieder mehr kosten als sie einbringen — und dies wird meist so sein — so werden sie die Vorbedingung dauernder Erfolge, also immer noch höchst aufbringend sein. Da das Normale auch für die Arbeiterin die Ehe ist und weil mit ihr die Erwerbstätigkeit doch in den meisten Fällen aufhört, muß man im Finanzwesen der Or-ganisation auch dem mehr vorübergehenden Charak-ter der Frauenarbeit Rechnung tragen. Viele Mädchen treten nicht bei, weil sie nicht nach wenigen Jahren die Gewerkschaft verlassen mögen, ohne von ihr etwas ihren Beiträgen entsprechendes erhalten zu haben. Dieser Gesichtspunkt ist zwar weder ideal noch weit-schauend, aber in der Praxis unendlich wirksam.

Anstatt nun einfach den Mädchen die Vorzüge des Verbandes für sie in flammenden Worten zu schildern, stelle man sich lieber mehr auf rein famili-männlichen Standpunkt, heftend daß mit der Mit-gliedschaft dann auch allmählich das höhere Ver-ständnis für den idealen Wert der Organisation komme. Man vergüte einfach den weiblichen Mit-gliedern, die heiratswegen ausscheiden, in irgend einer Form, zum Beispiel wie in England durch die Beant-gabe, einer Teil der gezahlten Beiträge zurück. Dann wirkt die Organisation im gewissen Sinne als Hoch-zeitparafasse, wird also zu einer den Arbeiterinnen sehr sympathischen Einrichtung.

Ganz schnell dürfen wir wohl noch jenen Argu-menten die Spitze abbrechen, welche die gemischte Gewerkschaft als ungeeignet erklären, da es doch spezifische Frauenangelegenheiten im Arbeitsverhält-nis gebe, denen die Männerorganisation nie gerecht werden würde. Wir erkennen das Vorhandensein dieser Angelegenheiten an, soweit sogar, daß wir am liebsten in Berufen mit weiblicher Arbeiterkraft, selbst wenn diese nur eine kleine Minderheit dar-stellt, keine Lokalkommission und sicher keinen Vor-stand ohne Arbeiterin sehen möchten. Damit über diese Dinge ungestört und unbeeinflusst gesprochen werden könne, schlagen wir für weibliche Mitglieder die Verleihung der Sektionsrechte vor. Als dem Ver-bande unterstellte Sektionen mögen sie örtliche Fra-gen in Mitgliederversammlungen beratschlagen und über größere Bezirke oder das ganze Organisations-gebiet durch Repräsentationen eventuell dauernde Zentralkommissionen ihre speziellen Forderungen ausarbeiten usw.

Resumierend müssen wir am Schlusse dieses prak-tischen Teiles demnach sagen, daß die Organisa-tionen, welche auf Frauenmitgliedschaften reflektie-ren, nicht nur agitieren, sondern auch viel organi-satorische Reformarbeit im Innern der Gewerkschaft leisten müssen. Ihre Finanzpolitik, ihr Unter-stützungswesen, ihre organisatorische Gliederung müssen sie teilweise umbilden, nicht um alte, be-währte Gewerkschaftsgrundzüge zu verleugnen, son-dern um diese zeit- und zweckgemäß für die ge-gebenen Verhältnisse anzuwenden.

Zu der deutschen Arbeiterbewegung werden die nächsten Jahre auch in der Arbeiterinnenfrage die Entscheidung bringen. Die große Mehrzahl der erwerbstätigen Frauen und Mädchen sind religiös veranlagt, Gott sei Dank noch christlich gesinnt. Das erste Anrecht auf sie hat die christliche Gewerkschafts-bewegung. Die Behandlung dieser brennenden Frage auf dem letzten christlichen Gewerkschaftskongreß in Breslau, wie auf dem zweiten deutschen Arbeiter-kongreß in Berlin ist auch ein Beweis dafür, daß unsere christliche Arbeiterbewegung sich der Bedeu-tung dieser Frage und ihrer Aufgaben nach der Richtung hin bewußt ist. Möge es uns gelingen, die gewiß nicht leichte Aufgabe zum Wohle des arbei-tenden Volkes im Sinne unserer christlichen Welt-anschauung ihrer Lösung entgegenzuführen. F. J.

* * * **Anmerkung der Redaktion.** Die wert-vollen Anregungen im vorstehenden Aufsatz verdienen um so mehr Beachtung in Gewerkschaftskreisen, weil sie aus weiblicher Feder stammen. Die Ber-ichterin versüßt über eine genaue Kenntnis der

Existenz der Arbeiter, wie auch des inneren und äußeren Wesens unserer Berufsorganisationen. Fraglich wird es jedoch manchem Gewerkschaftler erscheinen können, ob es den Berufsverbänden, die mit einem größeren Prozentsatz weiblicher Arbeitskräfte rechnen müssen, finanziell möglich sein wird, die Anregungen der Verfasserin praktisch durchzuführen. In unserer Zeit der großen Streiks und Massen-Aussperrungen wird keine Arbeiterorganisation ohne Gefährdung ihrer Hauptaufgaben — Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen — die laufenden Einnahmen eines beträchtlichen Teiles der Mitglieder alle wieder zu „Friedens“-Unterstützungen, wie die Verfasserin es andeutet, verwenden dürfen. Unbeschadet dessen sind die gemachten Vorschläge aber gewiß der näheren eingehenden Prüfung wert und wir möchten insbesondere auch einmal an unsere Kolleginnen die Bitte richten, sich zu diesen ihnen am nächsten liegenden Fragen freimütig zu äußern. Ueberhaupt wäre es wünschenswert, wenn unsere weiblichen Mitglieder etwas aus ihrer bescheidenen Zurückhaltung hervortreten und sich mehr am öffentlichen Verbandsteben beteiligen würden.

Der Entwurf des Reichs-Vereinsgesetzes

Ist am Montag den 25. November dem Reichstag zugegangen. Lange hat es gedauert, bis die Reichsregierung dieses schon in der Verfassung des Deutschen Reiches gegebene Versprechen eingelöst hat. In der politischen Tagespresse ist der Kampf für und wider schon heftig entbrannt. In der Gewerkschaftspresse kann es nicht unsere Aufgabe sein, uns in den politischen Streit der Meinungen einzumischen, sondern wir haben als Gewerkschaftler objektiv zu prüfen, was der neue Entwurf unsern Berufsorganisationen bietet.

Unser allgemeines Urteil lautet da zunächst: Der Entwurf bleibt hinter den berechtigten Erwartungen zurück, die an ein einheitliches und wirklich freiheitliches Reichs-, Vereins- und Versammlungsrecht gestellt werden müssen. Die Einheit wird durchbrochen durch die großen Machtbefugnisse, die den Einzelstaaten, resp. Landeszentralbehörden gerade in den wichtigsten Punkten eingeräumt sind. Die freiheitliche Gestaltung ist schwer beeinträchtigt durch den viel zu großen Spielraum, der in dem Entwurf den Polizeibehörden zugebracht ist. Das neue Gesetz würde in seiner vorliegenden Fassung für verschiedene Einzelstaaten, wie zum Beispiel Württemberg und Hessen in wesentlichen Punkten keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung bedeuten. Von einer Regelung der Rechtsverhältnisse der Berufsvereine ist in dem Entwurf gar nichts enthalten, dieser Frage würde gegebenenfalls durch eine besondere Vorlage Rechnung zu tragen sein, heißt es in der dem Entwurf beigegebenen Begründung. Für die Landarbeiter und Diensthöher bringt der neue Entwurf nichts. Das in den meisten Bundesstaaten bestehende Koalitionsverbot soll durch die neue Vorlage nicht berührt werden. Diese ungerechten Ausnahmebestimmungen sollen auch fürderhin bestehen bleiben.

Das sind einige allgemeine Schattenseiten und Lücken der neuen Vorlage, denen allerdings auch Verbesserungen gegenüber stehen. Wichtig vom gewerkschaftlichen Standpunkt ist zunächst, daß die Teilnahme der Frauen und Minderjährigen generell geregelt wird. Grundsätzlich sagt die neue Vorlage darüber:

§ 1. Alle Reichsangehörigen haben das Recht, zu Zwecken die den Strafrecht nicht zuwiderlaufen, Vereine zu bilden und sich zu versammeln.

Darüber wären die für unsere Gewerkschaften so verhängnisvollen Ausnahmebestimmungen für Frauen und Minderjährige endlich beseitigt. — Ein Fortschritt liegt auch darin, daß die Einreichung der Mitgliederlisten, eine für unsere Gewerkschaften geradezu widerwärtige und praktisch unmögliche Arbeit, in dem neuen Entwurf beseitigt ist. Nur die Anmeldung des Vorstandes und Einreichung der Satzungen ist vorgesehen. Darüber sagt der

§ 2. Jeder Verein, der eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckt, muß einen Vorstand und eine Satzung haben.

Der Vorstand ist verpflichtet, binnen einer Woche nach Gründung des Vereins die Satzung, sowie das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes der für den Sitz des Vereins zuständigen Polizeibehörde einzureichen.

Erweitert ist jede Aenderung der Satzung, sowie jede Aenderung in der Zusammensetzung des Vorstandes binnen einer Woche nach dem Eintritte der Aenderung anzugeben.

Die Satzung, sowie die Aenderungen sind in deutscher Fassung einzureichen.

Dieser Fortschritt wird beeinträchtigt durch § 14, der folgendes befragt:

§ 14. An die Stelle des § 72 des Bürgerlichen Gesetzbuchs tritt folgende Vorschrift:

Der Vorstand hat dem Amtsgericht auf dessen Verlangen jederzeit eine von ihm vollzogene Schenkung über die Zahl der Vereinsmitglieder einzureichen.

Diese Bestimmung ist nullar. Wenn man das Amtsgericht zur Beglaubigung der angegebenen Zahl der Vereinsmitglieder verpflichten will, muß man das

niffes verlangt, ist der im § 2 enthaltene Fortschritt doch wieder ganz illusorisch gemacht. Diese Frage bedarf einer bestimmten Fassung, um eine willkürliche Auslegung zu verhindern.

Die Bestimmungen des neuen Entwurfs über die Versammlungspraxis bringen sozusagen keine Verbesserungen gegenüber dem heutigen Zustand. Es heißt im

§ 3. Wer eine öffentliche Versammlung zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten veranstalten will, hat hiervon mindestens 24 Stunden vor dem Beginn der Versammlung unter Angabe des Ortes und der Zeit bei der Polizeibehörde Anzeige zu erstatten. Für Versammlungen der Wahlberechtigten zum Betriebe der Wahlen zu politischen Körperschaften beträgt die Anzeigefrist mindestens 12 Stunden.

Ueber die Anzeige soll von der Behörde sofort eine kostenfreie Bescheinigung erteilt werden.

Der Landeszentralbehörde bleibt es überlassen, zu bestimmen, ob und unter welchen Voraussetzungen es einer Anzeige nicht bedarf für Versammlungen, die unter Einhaltung der im Abs. 1 bezeichneten Fristen öffentlich bekannt gemacht sind.

§ 4. Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel bedürfen der Genehmigung der Polizeibehörde. Die Genehmigung ist schriftlich zu erteilen.

Das Gleiche gilt von Aufzügen, die auf öffentlichen Straßen oder Plätzen stattfinden sollen.

Die Genehmigung ist von dem Veranstalter mindestens 48 Stunden vor dem Beginn der Versammlung oder des Aufzugs unter Angabe des Ortes und der Zeit nachzusuchen. Die Genehmigung darf nur versagt werden, wenn aus der Abhaltung der Versammlung oder der Veranstaltung des Aufzugs Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu besorgen ist.

Der Begriff „öffentliche Angelegenheiten“ muß unbedingt näher umschrieben, präziser gefaßt werden. Wir Gewerkschaftler wissen uns Erfahrung, was man darunter bis heute alles verstanden hat. Jede Verhaftung, Vertrauensmänner- oder Vorstandsführung unserer Gewerkschaften können von spitzfindigen Polizei- oder Gerichtsinstanzen darunter gebracht und gefunden werden.

Schwere Bedenken muß auch der § 9 für unsere Gewerkschaften hervorheben, der folgendes bestimmt:

§ 9. Die Beauftragten der Polizeibehörde sind befugt, von dem Leiter oder, solange dieser nicht bestellt ist, von dem Veranstalter einer Versammlung, für die es einer Anzeige, Bekanntmachung oder Genehmigung bedarf, unter Angabe des Ortes die Erlaubnis der Versammlung zu verlangen,

1. wenn die Genehmigung nicht erteilt ist (§ 4 Abs. 1—3);
2. wenn die ordnungsmäßige Zulassung der Beauftragten der Polizeibehörde verweigert wird (§ 8 Abs. 1, 3);
3. wenn Beweismittel, die unbefugt in der Versammlung anwesend sind, nicht entfernt werden (§ 6);
4. wenn Rednern, deren Ausführungen den Tatbestand eines Verbrechens oder eines nicht nur auf Antrag zu verfolgenden Vergehens enthalten oder die sich verbotswidrig einer nichtdeutschen Sprache bedienen (§ 7), auf Aufforderung der Beauftragten der Polizeibehörde von dem Leiter oder dem Veranstalter der Versammlung das Wort nicht entzogen wird.

Wird dem Verlangen nicht entsprochen, so sind die Beauftragten der Polizeibehörde befugt, die Versammlung für aufgelöst zu erklären.

Wenn der überwachende Beamte glaubt, „daß der Tatbestand eines Verbrechens oder eines nicht nur auf Antrag zu erfolgenden Vergehens“ vorliegt, kann er schon die Versammlung auflösen, falls der Leiter einer diesbezüglichen Aufforderung nicht nachkommt. Damit ist die Versammlung der subjektiven Auffassung des Überwachenden auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert. Denn wir wissen aus der Praxis, was manche Polizeiorgane nicht alles als „Verbrechen“ oder „Vergehen“ betrachten. Dieser Passus könnte den Gewerkschaften dort besonders gefährlich werden, wo die Polizei sich in einen wenn auch unbewußten Gegensatz zu unsern Organisationsbestrebungen stellt, wie es ja leider vielfach zu beklagen ist. Wir erinnern nur an Fälle wie Würzelen, Jßelburg usw. aus der Chronik unseres Verbandes.

Die schwersten Bedenken muß jedoch auch für unsere Gewerkschaften folgende Bestimmung des Entwurfs hervorheben:

§ 7. Die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen sind in deutscher Sprache zu führen. Ausnahmen sind mit Genehmigung der Landeszentralbehörden zulässig.

Dieser Paragraph würde, wenn er Gesetzeskraft erlangte, unsere ganze gewerkschaftliche Tätigkeit aufs schwerste beeinträchtigen. Bei der heute schon gewaltigen Zahl der ausländischen und nichtdeutschredenden Arbeiter, die aber noch beständig am wachsen ist, können wir ohne die Solidarität und erst recht nicht gegen diese Arbeitergruppen eine erfolgreiche gewerkschaftliche Arbeit vollführen. Wie wollen wir aber diese Massen aufklären, wie können wir sie gewinnen, wenn wir nicht in ihrer Muttersprache zu ihnen reden dürfen. Die Erlaubnis der Landeszentralbehörden, die hier Ausnahmen gestatten dürfen, kann uns diese Ausnahmebestimmungen gegen nichtdeutschredende Arbeitkollegen gar nicht schmackhafter machen. Die bisherigen Erfahrungen, die wir in unsern christlichen Gewerkschaften nach der Richtung hin gemacht haben — wir brauchen nur an die Ausweisung des italienischen Sekretärs Dr. Lavente und die Haltung der obersten Behörde der Rheinprovinz in dieser Angelegenheit zu erinnern — müssen uns vor jedem Optimismus bewahren. Diese Bestimmung des Entwurfs bedarf einer gründlichen

Änderung, falls das Gesetz von Anforderungen und Bedürfnissen der Gewerkschaften entsprechen ist. Im Vorstehenden haben wir die wichtigsten Punkte der neuen Gesetzesvorlage herausgegriffen. Ein näheres Eingehen auf die Angelegenheit muß wir uns noch vorbehalten. Aus dem Angeführten ist jedoch schon ersichtlich, daß die Vorlage noch ein gründlicher Umarbeitung und Verbesserung durch den Reichstag bedarf, wenn ein modernes freiheitlich werden soll, mit dem wir als Gewerkschaftler zufrieden sein können.

Der Arbeitsmarkt in der Metallindustrie (Monat Oktober 1907).

Aus der Roh Eisenherzeugung wird berichtet, daß sich der Versand auf der gleichen Höhe des Vormonats hielt. Mit Rücksicht auf die ungünstigen Geldverhältnisse waren einerseits die Abrufe für den Monat November wesentlich schwächer, andererseits hielt die Kundschaft mit Neukäufen sehr zurück.

Die Eisengießereien waren im allgemeinen gut beschäftigt, wenn auch stellenweise, so in einigen württembergischen Betrieben, der Eingang an Bestellungen nachließ. Das Angebot an Arbeitskräften war im wesentlichen normal, nur fehlten an manchen Orten Former.

Die Stahl- und Walzwerke Südwestdeutschlands hatten, abgesehen von einem Großbetrieb des Saargebiets, einen befriedigenden Geschäftsgang zu verzeichnen; doch trat in manchen Betrieben dem Vormonat gegenüber eine geringe Verschlechterung ein. In den Werken des rheinisch-westfälischen Bezirkes hielt sich die Beschäftigung in Halbzeug, Eisenbahnmaterial und Formeisen im großen ganzen im Umfang des Vormonats, wenn auch die Folgen der Antwerpener Krisis noch immer sichtbar waren. Gegenüber Oktober 1906 dürfte der Versand etwas zurückbleiben, da die Abnehmer bei der Geldknappheit und der Unübersichtlichkeit der Marktlage mit Aufträgen zurückhielten. Die ober-schlesischen Werke melden teilweise einen Rückgang gegen den Vormonat und das Vorjahr.

Aus den Feinblechwalzwerken wird berichtet, daß der Beschäftigungsgrad gegen den Vormonat zwar etwas nachgelassen hat, aber immer noch gut war.

Die Rohrenwerke waren wie im September gut mit Aufträgen versehen. Arbeitskräfte fehlten immer noch, wenn auch vielfach nicht in dem Umfang wie im Sommer.

Die Nadelwerke waren im wesentlichen befriedigend beschäftigt, doch wirkte die starke Abflauung des Kupfermarktes, die von Amerika ausging, nachteilig auf den Eingang von Aufträgen, der erst gegen Ende Oktober wieder normal wurde.

In der Industrie für Messing in Blechen, Stangen, Draht und Kupfer in Stangen und Draht zeigte sich keine bemerkenswerte Aenderung gegen den Vormonat. Gegen den Schluß des Berichtsmonats setzte eine plötzliche scharfe Steigerung des Rohkupferpreises ein, die vorübergehend eine stärkere Nachfrage zur Folge hatte.

Die Lage in der Klein-eisenindustrie des Rheinischer Bezirkes war wie im Vormonat unbefriedigend, aus Schlesien wird hingegen ein unverändert guter Geschäftsgang gemeldet. In Breslau zeigte sich ein Ueberangebot an Handwerkern und an Arbeitern, das der Bericht auf den Stillstand der Schiffahrt und der Bautätigkeit zurückführt.

Die Drahtindustrie hatte dem Bericht aus Oberschlesien zufolge noch befriedigend zu tun, nach dem Bericht aus Rheinland-Westfalen machte sich ein weiteres Nachlassen des Geschäftsganges bemerkbar. Hier herrschte auch ein Ueberangebot an Arbeitskräften.

Der allgemeine Maschinenbau war mit Arbeiten gut besetzt. Das Angebot an Arbeitskräften reichte vielfach immer noch nicht ganz aus. In einem ober-schlesischen und westfälischen Betrieb wurde oft mit Ueberstunden gearbeitet.

Die Dampfkeffelmaschinen und Armaturwerkstätten hatten im Oktober viel Arbeit und waren teilweise besser als im Vorjahre beschäftigt. Aus Schlesien wird allerdings berichtet, daß es für die Zukunft trotz Preisconzessionen an größeren Arbeiten mangelt.

Die Betriebe für Wärme- und Kraftmaschinen hatten nach dem Bericht aus Bayern gleichfalls gut zu tun. Der Eingang an neuen Aufträgen war jedoch ungenügend. Das Arbeiterangebot war hier reichlich, mit Ausnahme an tüchtigen Monteuren und Schlossern, an denen schon seit Jahren Mangel herrscht.

Der Bau landwirtschaftlicher Maschinen war wie im Vormonat mit Aufträgen reichlich versehen. Wenn eine Verschlechterung stellenweise eintrat, so war sie in der vorgerückten Jahreszeit begründet.

In Lokomobilenbau war die Lage, wie aus Mitteldeutschland gemeldet wird, ungünstig und schlechter als um die gleiche Zeit des Vorjahres. In Arbeitern war ein Ueberangebot zu verzeichnen.

Der Wall- und Maschinenaufbau hatte immer noch viel Arbeit.

Das selbe gilt vom Bau von Maschinen für die Textilindustrie. Arbeitermangel machte sich stellenweise bemerkbar.

Die Nachfrage im Bergwerksmaschinenbau war im Berichtsmonat recht lebhaft, jedoch die Betriebe teilweise Ueberstunden einlegen mußten. Aus Mitteldeutschland wird berichtet, daß das Angebot an Arbeitskräften, trotzdem fortlaufend Lohnerhöhungen bewilligt werden, immer noch gering ist.

Die Industrie für Hebezeuge und Transportanlagen war andauernd gut beschäftigt. Das Angebot an Arbeitskräften entsprach der Nachfrage.

Die Betriebe für Eisenbahn- und Schiffbaumaterial hatten gut zu tun. Das selbe gilt im allgemeinen für den Brücken- und Eisenkonstruktionsbau, doch wird aus Nordwestdeutschland eine Verschlechterung gegenüber dem Vormonat und dem Vorjahr gemeldet.

Der Geschäftsgang im Lokomotivbau blieb auf der Höhe des Vormonats und war fast überall besser als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Ein empfindlicher Arbeitermangel trat den Berichten zufolge nirgends hervor; in München steigerte sich noch das Ueberangebot an Arbeitskräften.

Der Eisenbahnwagenbau war allen Berichten zufolge reichlich mit Arbeit versehen, meistens besser als im Oktober 1906. In Nordwestdeutschland bestand Mangel an sechsten Arbeitern, so konnte die Nachfrage gedeckt werden; in Breslau war sogar ein außerordentliches Ueberangebot vorhanden. (Reichsarbeitsblatt.)

„Berliner“ Brunnenvergifter.

Bis heute ist in Deutschland wohl selten ein Streit gewesen, bei dem sich die Scharfmacher und ihre Handlanger nicht in Schmeiße ihres Angeichts abgemüht haben, der Deffentlichkeit zu beweisen, daß der Kampf nicht durch die Unzufriedenheit der beteiligten Arbeiter, sondern durch „Heßer“ künstlich angezettelt worden sei. Das ist nun gewohnt und es regt sich kein vernünftiger Gewerkschaftler mehr darüber auf.

Seit die Berliner Fachabteilungen aufgetaucht sind und ihre Agitatoren systematisch die gewerkschaftliche Brunnenvergiftung als Handwerk betreiben, brauchen sich die Scharfmacher eigentlich in der vorhin angegebenen Weise gar nicht mehr zu bemühen; jetzt wird diese Arbeit mit einer Laune zu überbietenden Raffinesse von „Sich Berlin“ aus bejagt. So war es insbesondere auch während und nach dem Kampf auf der Burbacher Hütte (Saargebiet) im vorigen Jahre. Nicht genug damit, daß die Drahtzieher der Fachabteilungen ihre Anhänger zum Streikbruch anhielten, und ihnen um ihre vornehmsten Menschenrechte kämpfenden Arbeitskollegen schmachvoll in den Rücken fielen, nein, sie hehten auch noch gegen ihr eigen Fleisch und Blut und verleumdeten die christlichen Gewerkschaften in einer nie dagewesenen Weise, zum Schaden der Arbeiter und zur Freude des saarabischen Scharfmachertums. Die Reden der Oberfachabteiler waren so „arbeiterfreundlich“, daß der Führer der Scharfmacher Dr. Mille sie in seinem Blatt zum Abdruck brachte, um die Arbeiter damit niederzuringen.

Diese Tatsachen muß man sich ins Gedächtnis zurückrufen, um die neueste Gemeinheit des „Arbeiter“ (Sich Berlin) richtig würdigen zu können. In Nr. 48 kommt das Fachabteilungsorgan in einem besonderen Artikel auf der ersten Seite wieder auf den Burbacher Streik zu sprechen. Ausgehend von einem Zitat aus dem Referat des Kollegen Wieber auf dem Berliner Arbeiterkongress, wonach „der Unwille der Burbacher Süttenarbeiter sich mit elementarer Gewalt Bahn gebrochen und 3000 Mann die Arbeit niedergelegt hätten“, um gegen das Vorgehen der Firma Protest einzulegen, wärmt der „Arbeiter“ die Behauptungen des Berliner Arbeiterreferats nicht auf, der damals — wahrscheinlich auf W. Mille, jedenfalls aber im Einverständnis mit seinen Auftraggebern und zum Gaudium der Scharfmacher — die Behauptung aufstellte, der Streik sei nicht wegen der Unterdrückung der Arbeiterrechte entstanden, sondern von christlichen Gewerkschaftsführern angezettelt worden, um Mitglieder zu fangen.

„Wie recht wir damals hatten“, schreibt Sich Berlin weiter, „mich jetzt durch einen Zeugen, Herrn Müllenbach, bestätigt, der zur Zeit des Streiks mit zum Generalfab der Christlichen im Saargebiet gehörte.“

Dieser Müllenbach ist zunächst gar kein Metallarbeiter, und uns vollständig unbekannt. Soviel wir gehört haben, ist er einer von den Renegaten, die vom Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter wegen Quertreibereien ausgeschloffen wurden, und jetzt mit allen erdenklichen Mitteln die christlichen Gewerkschaften zu schädigen suchen. Und welcher Art die Beweise sind, die dieser Kronzeuge den „Berlinern“ und andern Arbeiterfeinden geliefert hat, ersehe man aus dem ersten Satz seiner konjungen „Euthüllungen“, die er in einer Zeitung im Saargebiet zum besten gibt. Dieser Satz lautet:

„Als im vorigen Sommer die Süttenarbeiter in Burbach streikten, da sollte ich nach Burbach fahren, um die Leute scharf zu machen, damit sie streiken sollten.“

Die Berliner samt ihren Kronzeugen machen sich ja nur grenzenlos lächerlich. „Als die Süttenarbeiter streikten“, brauchten sie doch nicht mehr zum streiken scharf gemacht zu werden. Von derselben Logik sind die weiteren Ausführungen dieses Müllenbach. Und darauf baut „Sich Berlin“ seine Angriffe auf, deshalb schlagen sie in der Kaiserkrone in Berlin vor Freude Purzelbäume. Traurige, erbarmungswürdige Gesellschaft!

Derselbe Müllenbach soll den „Berlinern“ dann auch ihre frühere Behauptung bestätigt haben, daß dem christl. Metallarbeiterverband die finanziellen Mittel gefehlt hätten, nicht gefehlt hätten.

diesen Kampf zu führen. Diese „Berliner Liebeswunderbräutchen“ haben wie schon früher deutlich beantwortet. Heute wiederholen wir nur: Alle bisherigen Kämpfe haben wir ohne fremde Hilfe durchführt können. Unsere Klassenverhältnisse stehen günstiger wie in einer der Konkurrenzorganisationen; zumal mehr wie zehnfach günstiger als die der Berliner Fachabteilungen, die bekanntlich ihre Mitgliederzahlen wie ihre Klassenverhältnisse ängstlich verschweigen und als Geheimnis behandeln.

Wie trostlos und jammervoll es in finanzieller Hinsicht bei Sich Berlin aussieht, hat sich ja kürzlich noch beim Landeshafter Textilarbeiterstreik gezeigt. Als die Scharfmacher dort 300 Mitglieder der Fachabteilung ausperserten, da sang der Jammer, das Wehlein und Betteln an. Der Bettelaufzug des Berliner „Arbeiter“ um milde Gaben für die paar Ausgesperrten war geradezu widerlich und des Arbeiterstandes unwürdig. (Siehe Nr. 34 des Deutschen Metallarbeiter.) Und dieselben Leute sind ununterbrochen genug, die Leistungsfähigkeit des christlichen Metallarbeiterverbandes in Abrede zu stellen. Der fanatische Haß dieser Leute gegen die christl. Gewerkschaften läßt sie den Splitter in ihres Bruders Auge sehen, aber nicht den Balken in ihrem eigenen.

„Trotzdem eilte Herr Wieber in höchst eigener Person, damals ins Saargebiet, um die Arbeiter zum Streik anzufeuern...“ schreibt der „Arbeiter“ weiter.

Das ist unwar, oder besser gesagt, gelogen. Die Fachabteiler können und werden es ebenso gut wie andere Leute wissen, daß Wieber erst nach Ausbruch des Streiks eingriff, aber nicht um anzufeuern oder zu „heßen“, wie die „Berliner“ sonst zu sagen pflegen, sondern um die Rechte der Arbeiter zu verteidigen und auf dieser Basis den Kampf beizulegen, was ihm auch gelungen ist.

Das sei dem Berliner „Arbeiter“ auf seine neueste „elementare“ Gemeinheit in die Erinnerung zurückgerufen.

Diese neueste „Berliner“ Leistung zeigt, daß die Fachabteilungsführer die gewerkschaftliche Brunnenvergiftung systematisch betreiben, gewissermaßen als ihre Lebensaufgabe betrachten. Davan werden sie auch zu Grunde gehen. Aber schämen wird sich mancher christliche Arbeiter, daß man mit diesen Leuten bisher zusammen auf Kongressen gefahrt, sie zu der allgemeinen christlich-nationalen Arbeiterbewegung zählt. Auf wirtschaftlichem Gebiet haben wir keine schmerzlichen und auch keine gefährlicheren Feinde; gewerkschaftlich betrachtet sind sie um kein Haar zuverlässiger wie die gelben Streikbrecherkolonnen. Mit der gelben Conleur aber hat der Berliner Kongress reinen Tisch gemacht, hat sie mit hörbarem Knack von sich abgeschüttelt. Mit solchen Vereinigungen will die denkende christliche Arbeiterklasse nichts gemein haben, mögen sich die Berliner vorziehen, daß sie nicht bei nächster Gelegenheit, ihrem Gesellschaft leisten müssen. Die Frage dürfte jetzt kaum noch zu umgehen sein, ob eine Gesellschaft wie die Berliner Brunnenvergifter fortan noch der allgemeinen christlichen Arbeiterbewegung zugezählt werden können. Ein vernünftige Erwägung wird, falls die „Berliner“ ihre Brunnenvergiftung nicht einstellen, auch hier eine kaum zu umgehende Notwendigkeit sein.

Aus Oberschlesien wird uns über „Fachabteilungslustige“ im dortigen Industriegebiet folgendes geschrieben:

In peinlicher Verlegenheit befinden sich jedesmal die Vertreter der Berliner Fachabteilungen, wenn sie in einer Arbeiterversammlung über ihr wirtschaftliches Programm und die Mittel zu deren Verwirklichung sprechen sollen. Materielle und geistige Hebung des Arbeiterstandes, die Selbstberechtigung desselben auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, das Ziel der gewerkschaftlichen Berufsverbände, haben auch sie angeblich zu den ihrigen gemacht. Immer und immer wieder wird nun von den Vertretern der fachl. Fachabteilungen behauptet, aber auch nur behauptet, nur durch Anschlag aller katholischen Arbeiter an die Fachabteilungen könne das vorhin benannte Ziel erreicht werden. Ueber die Mittel zur Verwirklichung ihres Programms hüllt man sich in tiefes Schweigen.

Wird nun von denkenden Mitgliedern einer Fachabteilung von den Führern verlangt, die Mittel zu nennen, so ist für den betreffenden Herrn die Situation nicht sehr angenehm. Die Mittel, die von einigen Theoretikern erdienen, die diese dann an ihren Bleisoldaten ausprobieren und wobei Arbeitgeber die Stellung des Einzelnen kommandieren, haben die Feuerprobe der praktischen Anwendung nicht bestanden. Jedoch die Herren wissen sich zu helfen.

Vor einiger Zeit haben einige Arbeitgeber im ober-schlesischen Industriegebiet aus Furcht, die Gewerkschaften könnten auch in ihrem Machtbereich erstarken, den Arbeitern einige Zugeständnisse ganz harmloser Natur gemacht. Das Erstarken der Organisation weckte auch hier die Selbständigkeit der Arbeiter, aber gerade das ist es, was die Arbeitgeber unter allen Umständen, ja selbst unter Anwendung von ungeheuerlichen Mitteln verhüten wollen. An dem, was der Arbeiter gegeben wurde, sind die Fachabteilungen unerschütterlich, das, was erreicht wurde, ist den Gewerkschaften zu verdanken. „Gutes wollen wir den kath. Fachabteiler ganz gerne zugehen und zwar, daß sie von den Arbeitgebern liebreich aufgenommen und gepflegt werden. Sind sie doch den größten Scharfmachern Oberschlesiens eine geeignete Institution, um die Arbeiter in ihrem Fortwärtstreben zu hindern.“

Sier brauchen die Arbeitgeber keine „nationalen“ und „vaterländischen“ Arbeitervereine zu gründen, denn diese werden durch die Berliner Fachabteilung in jeder Hinsicht ersetzt. Gibt es doch hier Arbeitgeber, die von einer Gleichberechtigung der Arbeiter absolut nichts wissen wollen, die jede selbständige Regelung der Arbeiter am liebsten mit Zuchtstaus bestrafen sehen möchten, die aber auf ihre Kosten Arbeiter ihrer Fabrik nach Berlin zum Kurzus der fachl. Fachabteilungen schicken, damit sie dort ausgebildet, nachher als Leiter im „Interesse der Arbeiter“ tätig sein können. Gaben doch die Herrn dann die Garantie, daß der kirchliche Standpunkt in der Sozialpolitik gewahrt bleibt, und überall da, wo die Fachabteilung dominieren, der Herr im Saargebiet nicht gefehlt hätte.

Den Landeshafter Textilarbeitern wurden im Laufe dieses Sommers einige Zugeständnisse gemacht. Auch hieran sind die Berliner Herren unschuldig. Wohl tragen sie die Schuld, daß nicht mehr erreicht wurde. Das Erreichte haben die Arbeiter den Gewerkschaften zu verdanken. Von allen Verteilungern der Fachabteilung wird nun dieses als Köder benützt, um die noch in Unwissenheit lebenden ober-schlesischen Arbeiter für ihre Bewegung einzufangen. Schön ist es ja nicht, wenn sich diese Herren mit fremden Federn schmücken, aber es ist echt Berlinerische Fachabteilungsmethode.

Wird nun von einem Vertreter verlangt, das Programm und die Mittel zur Verwirklichung desselben zu behandeln, so weist derselbe auf die Erfolge, die die Gewerkschaften errungen und die sie fälschlicherweise zu den ihrigen gemacht, redet noch eine zeitlang, was der Staat zu tun hat und über die enge „Verwandtschaft“ der christlichen Gewerkschaften mit der Sozialdemokratie und hört da auf, wo er anfangen soll zu beweisen und für ihn ist die Sache erledigt. Wer etwas kritisiert an den Ausführungen, wird vom Präses wegen seiner „falschen“ Ansichten ins Gebet genommen und die Ober-Savigny, Fleischer und Genossen ist wieder für einige Zeit außer Gefahr.

Seit einiger Zeit dämmert es in weiten Kreisen der Arbeiter Oberschlesiens. Die denkenden Arbeiter glauben heute schon nicht mehr, daß die Fachabteilungen jemals etwas für sie getan, sie erkennen auch klar, daß diese niemals ihre Lage verbessern können. Es sind vorläufig nur noch wenige, aber sie mehren sich von Tag zu Tag. Bei vielen entscheidet schon jetzt nicht mehr die Phrase, sondern die Vernunft.

In eine sehr heikle Situation sah sich auch Herr Dr. Fleischer aus Berlin beriegt, als er am 2. Nov. in einer Arbeiterversammlung zu Königshütte O.-Schl. aufgefördert wurde, einmal die Mittel anzugeben, wodurch sie ihre programmatischen Forderungen verwirklichen wollen. Für Herrn Dr. Fl. war die Situation am dem Abend insofern günstig, als die Versammlung sich zum größten Teil aus Werksbeamten, Meistern usw., Postbeamten, Handwerksmeister und Geschäftsinhaber, einigen Polizisten und einer kleinen Anzahl Arbeiter zusammensetzte. Von dem weitans größten Teil der Versammlung hatte Herr Dr. Fl. nichts zu befrachten. Sind doch Werksbeamte, Handwerksmeister und Geschäftsinhaber und ganz besonders in hiesiger Gegend mehr oder weniger geneigt, in allen Forderungen, die von den Arbeitern erhoben werden, entweder ein Stück revolutionärer Gesinnung oder übertriebene Vergütungs- oder Genussücht zu erblicken. Gerade diese sind es, die in der Berliner Arbeitervereine tonangebend sind. Der Gesinnung dieser Leute wurde denn auch von Herrn Dr. Fl. in vollstem Maß Rechnung getragen.

Offend, daß Herr Dr. Fl. Mittel und Wege angegeben werde, wie der so sehr von Rat und Glend habrädten Arbeiter Ober-schlesiens geholfen werden könnte, gingen auch mehrere christliche Gewerkschaftler in die Versammlung. Aber bald sahen wir uns in unruher Hoffnung getäuscht. Dr. Fl. redete, er redete lange, aber auch rein gar nicht praktisches, wodurch die Lage der Arbeiter verbessert werden könnte, war in der ganzen langen Rede enthalten.

Aber eines, und das soll ein ganz sicher wirkendes Mittel sein, wurde von Herrn Dr. Fl. angegeben, das dieses vielfach bei den anwesenden Arbeitern der Lächerlichkeit. Die Arbeiter sollen Haushaltungsbücher anlegen damit es ihnen jederzeit möglich sei, ihren Arbeitgebern nachzuweisen, daß ihre Lage verbesserungsbedürftig sei. Als Beweis für die sichere Wirkung eines solchen Haushaltungsbuches auf die Arbeitgeber wurde folgendes angeführt: „In Waidenburg hatten sozialdemokratische Gewerkschaftsführer die Arbeiter in einen Streik getrieben. Die Arbeitgeber forderten nun die Arbeiter auf, nachzuweisen, daß ihre Lage wirklich verbesserungsbedürftig sei. Kein Mensch wußte Rat, doch ein Bergarbeiter, Mitglied der Fachabteilung, bringt sein Haushaltungsbuch, zeigt es den Arbeitgeber und die Forderungen der Arbeiter wurden als gerecht anerkannt und bewilligt.“

Wahrhaftig, zu verwundern wäre es nicht, wenn h Fachabteilungstreiken der Glaube an die Heiligmännchen wieder auslebte. Glaucht Herr Dr. Fl. selbst an dieses Märchen, hält er wirklich die Arbeitgeber für so dumm, und rückständig, daß sie an ihren Lohnlisten nicht die Höhe des Verdienstes feststellen können? — O, welch' ein kindliches Vermiss! — Das Lächeln der anwesenden Arbeiter wich Herrn Dr. Fl. auch wohl mehr wie genug bewiesen haben. Nur 1 Wochen als Arbeiter in einem Oberschlesischen Hüttenbetrieb und Herr Dr. Fl. wäre von seinen Illusionen befreit.

Das größte Unglück, das überhaupt jemals die Menschheit treffen kann, scheint nach den Ausführungen des Herrn Dr. Fl. zu urteilen, für jeden Fachabteiler ein Streik zu sein. Pest, Krieg und Hungersnot, so mußte jeder, der noch nicht über die Grenze von Königshütte hinausgeschaut und all die, denen das Denken ein unliebsame Beschäftigung ist, annehmen, können nicht so schrecklich sein wie ein Streik. Die anwesenden denkenden Arbeiter waren ganz bestimmt anderer Meinung. Intereffant dürfte auch folgende Leistung des Herrn Dr. Fl. sein: der Streik richtet die Industrie zu Grunde. Beweis: In Frankreich ist durch die großen Streiks die Industrie zu Grunde gerichtet worden. Die neuauftretende und blühende Industrie in Italien, in Spanien und ganz besonders in Rußland ist durch die vielen Streiks vollständig ruiniert worden.

Wir hatten Herrn Dr. Fleischer nun mehr zugehört als das. Wahrhaftig, es muß nun doch schon eine häßlicherhaft von der Güte eines türkischen Jahrmarktspublikum sein, das an derartige Märchen glaubt. Für ein solches war doch wohl der Vortrag nicht gedacht. Wo sind denn in Frankreich die Streiks geführt worden, die die Industrie ruinierten und wo solche in Spanien und Spanien? Daß in Rußland ganz andere Umstände die Ursache für den wirtschaftlichen Niedergang des Volkes sind, das weiß in Oberschlesien jeder Schüler der 4. Klasse. Wenn Streiks als Maßstab für das Steigen und Sinken der Industrie heranzuziehen sind, dann darf ruhig gesagt werden, daß gerade in den Ländern die Industrie am höchsten steht, wo die meisten und erbitterten Streiks geführt worden sind.

Mit einem Appell an die Versammlung, sich zur Unterstützung ihrer Sache den kath. Arbeitervereinen und

... dem Herrit Dr. Pl. die Unhaltbarkeit seiner Behauptungen nachzuweisen. Doch Schümmer erhielt das Wort nicht mehr. Die Versammlung wurde einfach geschlossen, trotzdem das Schlusswort noch garricht geredet war. Man fürchtete nämlich vor der Behauptung der Berliner Idee.

Die in der Versammlung anwesenden Arbeiter sind ganz bestimmt mit Interesse an der Gite der Berliner Forderungen nach Hause gegangen. In weiten Kreisen der Arbeitererschaft dämmert es heute schon sehr stark. Nur so weiter gearbeitet, ihr Berliner Herren, manches tüchtige Mitglied habt ihr uns schon geliefert. Doch wehe, wenn eines Tages die breiten Massen erkennen, wie falsch dieses Spiel mit ihren Interessen von diesen Herren getrieben worden ist. Wer schon heute die Stimmung kennt, die die Massen beherrscht, der weiß, wie schwer sie sich damit rächen werden, nicht bloß an denen, die heute künstlich das Selbständigwerden der Arbeiter verhindern und sie im Loch der Abhängigkeit vom Arbeitgeber erhalten, sondern sie könnten auch ihre an der Religion werden, in deren Interesse die Berliner Herren vorgehen zu arbeiten. Möge man doch auch in manchen Kreisen, die sich von einigen Theoretikern für eine nur Unheil stiftende Bewegung haben gewinnen lassen, für deren Folgen sie aber mit verantwortlich sind, endlich einmal offenen Auges die Verhältnisse, die Strömungen innerhalb der Arbeitererschaft studieren. Sie werden einsehen, daß hier mit Hypothesen nicht mehr zu helfen ist, sondern daß man sich hier der realen Mittel bedienen muß, um Unheil zu verhüten.

Den Arbeitern aber sagen wir, wollt ihr eure Lage verbessern, schließt Euch den christlichen Gewerkschaften an. Ihr Hüttenarbeiter, tretet ein in den christlichen Metallarbeiterverband. Wenn jemals die Hüttenarbeiter zu einem Verbande Vertrauen in bezug auf Verbesserung ihrer Lage hegen dürfen, dann zum christlichen Metallarbeiterverband. Trotz seines kurzen Bestehens hat er Großes geleistet. Wer schüchtern sein will, der Wahrheit die Ehre gibt, muß anerkennen, daß noch nie für die Hüttenarbeiter soviel getan worden ist, wie von diesem Verbande. Darum auch die letzten hinein in die Organisation, es gilt Euer Wohl. Auf dem Boden des Rechts und der christlichen Sittenlehre stehend, können die christlichen Gewerkschaften nur ein Ziel das materielle und geistig-sittliche Wohl des Arbeiterstandes.

Unzulässigen, wie die des Herrn Dr. Pl. über die Wirkungen der Streiks dürfen auf solche Gegenden zutreffen, wo noch kein Streik mit einer geschulten und disziplinierten Arbeitererschaft geführt worden ist. Daß ein Streik, wie der der Bergarbeiter in Königsbrunn, nicht als Schulbeispiel gelten kann, ist jedem denkenden Menschen klar. Ein Streik war das überhaupt nicht. Das war ein Ausbruch einer bis zur Unerträglichkeit gesteigerten Erbitterung, die sich durch ungerechte Behandlung im Laufe der Jahre angesammelt hatte. Wären die Arbeiter längere Zeit Mitglied einer Organisation gewesen, jedoch sie vertraut waren, mit denen für einen Streik in Betracht kommenden Forderungenmaßnahmen und sie zur Diszipliniertheit und Solidarität erzogen gewesen wären, der Streik wäre anders verlaufen. Er würde auch jetzt zweifellos genügt haben, hätte die Sachabteilung die Arbeiter nicht im Stich gelassen. Wir beratigen Vorkommnissen wird Oberösterreich noch oft zu rechnen haben. Ob die Berliner Arbeiterverbände damit einverstanden sind oder nicht. Durch die Wucht der sozialen Tatsachen werden die Ideen, die nicht einmal vor der Vernunft der mit den wirklichen Verhältnissen vertrauten Arbeiter handhaften, als eine Utopie aus dem Interessententum der gewerkschaftlichen Berufsorganisationen hinweggeführt werden.

Mit dem Gerede von Harmonie zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern, die durch Bitten und Flehen der Arbeiter geschaffen werden soll, können dann höchstens noch Kinder eingeschult, aber keine denkenden Menschen mehr befehligt werden.

Es wird nun gesagt, die Regierung soll eingreifen. Was die Regierung soll und was sie wirklich tut, das ist ein großer Unterschied. Auch wir verlangen den Gang der Gesetzgebung, aber der Staat kann das Arbeitsverhältnis nicht bis ins kleinste regeln.

Und noch eine andere Frage. Warum sollen sich die Arbeiter zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage getrennt nach Konfessionen organisieren? Sollen die christlichen Gewerkschaften nicht genügend Garantie für den Glauben ihrer Mitglieder, wenn sie ihre Mitglieder auch in die konfessionellen Vereine einführen. Über haben nach der Lehre der katholischen Kirche alle Vereinigungen, die eine wirtschaftliche oder politische Tätigkeit ausüben, sich der kath. Gesinnung zu unterwerfen, sofern Katholiken derselben angehören dürfen? Ist das der Fall, warum dann verlangt man die Befolgung dieser Lehre nur von den Arbeitern? Warum nicht auch von den Arbeitgebern, Bauern usw.? Auch auf diese Frage bitte ich den Herrn Referenten um eine Antwort.

Die größten Sozialdemokraten, die größten und schärfsten Gelehrten auf dem Gebiet der Volkswirtschaft, Geistliche und selbst die höchste kirchliche Autorität der Katholiken, der Papst, erkennen die christlichen Gewerkschaften als berechtigt und für die Befreiung der Arbeiter als notwendig an.

Durch das Verhalten der kath. Kirche wird die Befreiung der Arbeiter sehr behindert, in manchen Fällen sogar unmöglich gemacht. Infolgedessen können auch neben so vielem Anderem, Trunksucht und dergl. mehr nicht erfolgreich bekämpft werden.

Hierauf erhielt Herr Dr. Pl. das Wort zur Erwiderung. Keine der an ihn gerichteten Fragen wurde beantwortet. Die christlichen Gewerkschaften gingen mit den Sozialdemokraten Hand in Hand. Kurzum alles Sachen, die hundertmal widerlegt und richtig gestellt worden sind. Von einer Neutralität jenseitigen zeugt folgendes: „Mein verehrter Herr Vertreter scheint das Wesen der kath. Kirche nach nicht richtig erfasst zu haben. Das ist erklärlich. Wird doch von den Herren in der Regel nur ihr Fachorgan und die „katholische Volkszeitung“ gelesen.“

Schümmer hatte das Wesen der kath. Fachabteilungen soweit erkannt, daß er die inneren Widersprüche und die Unklarheit des Programms der Fachabteilungen nachwies und Herr Dr. Pl. nicht einmal in der Lage war, die an ihn gerichteten Fragen zu beantworten. Gängt denn das Verhalten der wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands und die Erkenntnis der Mittel zur Abhilfe von Missständen vom Wesen des Berliner Fachabteilungsorgans ab? Soll etwa die Reaktion der „katholischen Volkszeitung“ ihre sozialpolitischen Studien im „Berliner Arbeiter“ machen? Nachdem Herr Dr. Pl. geendet, bei Kollege Schümmer

dem Herrit Dr. Pl. die Unhaltbarkeit seiner Behauptungen nachzuweisen. Doch Schümmer erhielt das Wort nicht mehr. Die Versammlung wurde einfach geschlossen, trotzdem das Schlusswort noch garricht geredet war. Man fürchtete nämlich vor der Behauptung der Berliner Idee.

Die in der Versammlung anwesenden Arbeiter sind ganz bestimmt mit Interesse an der Gite der Berliner Forderungen nach Hause gegangen. In weiten Kreisen der Arbeitererschaft dämmert es heute schon sehr stark. Nur so weiter gearbeitet, ihr Berliner Herren, manches tüchtige Mitglied habt ihr uns schon geliefert. Doch wehe, wenn eines Tages die breiten Massen erkennen, wie falsch dieses Spiel mit ihren Interessen von diesen Herren getrieben worden ist. Wer schon heute die Stimmung kennt, die die Massen beherrscht, der weiß, wie schwer sie sich damit rächen werden, nicht bloß an denen, die heute künstlich das Selbständigwerden der Arbeiter verhindern und sie im Loch der Abhängigkeit vom Arbeitgeber erhalten, sondern sie könnten auch ihre an der Religion werden, in deren Interesse die Berliner Herren vorgehen zu arbeiten. Möge man doch auch in manchen Kreisen, die sich von einigen Theoretikern für eine nur Unheil stiftende Bewegung haben gewinnen lassen, für deren Folgen sie aber mit verantwortlich sind, endlich einmal offenen Auges die Verhältnisse, die Strömungen innerhalb der Arbeitererschaft studieren. Sie werden einsehen, daß hier mit Hypothesen nicht mehr zu helfen ist, sondern daß man sich hier der realen Mittel bedienen muß, um Unheil zu verhüten.

Den Arbeitern aber sagen wir, wollt ihr eure Lage verbessern, schließt Euch den christlichen Gewerkschaften an. Ihr Hüttenarbeiter, tretet ein in den christlichen Metallarbeiterverband. Wenn jemals die Hüttenarbeiter zu einem Verbande Vertrauen in bezug auf Verbesserung ihrer Lage hegen dürfen, dann zum christlichen Metallarbeiterverband. Trotz seines kurzen Bestehens hat er Großes geleistet. Wer schüchtern sein will, der Wahrheit die Ehre gibt, muß anerkennen, daß noch nie für die Hüttenarbeiter soviel getan worden ist, wie von diesem Verbande. Darum auch die letzten hinein in die Organisation, es gilt Euer Wohl. Auf dem Boden des Rechts und der christlichen Sittenlehre stehend, können die christlichen Gewerkschaften nur ein Ziel das materielle und geistig-sittliche Wohl des Arbeiterstandes.

Soziale und gewerkschaftliche Wandlungen.

Die christlichen Gewerkschaften Belgien.

Nach dem vom Generalsekretariat herausgegebenen Bericht sollte sich die Zahl der christlich organisierten Arbeiter in Belgien am 1. August dieses Jahres auf 20.231. Infolge der Antwerpener Zwischenfälle hat sich diese Zahl inzwischen noch um etwa 2.000 gehoben, jedoch man die Mitgliederzahl heute auf rund 22.000 beziffern kann. Die Verteilung auf die einzelnen Berufe ergibt sich aus der nachstehenden Tabelle:

Textilarbeiter	8.332	Mitglieder
Holzarbeiter	3.672	"
Bergarbeiter	2.526	"
Baugewerke	2.230	"
Textilindustrie	2.496	"
Ziegler	2.384	"
Metallarbeiter	1.224	"
Staatliche Werkstätten	1.550	"
Papier- und Buchdruckgewerbe	720	"
Lebensmittelindustrie	251	"
Verständliche Industrien	3.322	"

Diese Zusammenstellung ist mit peinlicher Genauigkeit gemacht. Am 1. August 1904, also vor drei Jahren noch zählten die belgischen Christlichen 10.000 Mitglieder, am 1. August 1905 14.000, am 1. August 1906 20.654 und am 1. August 1907 20.231 Mitglieder. Sozialdemokratisch organisiert sind ohne die Bergarbeiter etwa 22.000, mit den Bergarbeitern rund 60.000 Arbeiter. Unsere christlichen Gewerkschaften können also einen Vergleich ganz gut aushalten, einmal die Sozialdemokraten bereits vor 20, die christlichen Gewerkschaften aber erst vor einigen Jahren mit der Organisation begonnen haben.

Der Befähigungsnachweis zum „Gelben Führer.“

Herr Gustav Ermert, früherer Führer des bankrott gegangenen Siegerländer Verbandes, jetziger künstlich platziertes „Arbeiter“-Sekretär und Hauptwortführer der sogenannten „vaterländischen“ gelben Arbeitervereine, macht wieder öffentlich von sich reden. Vor einigen Jahren trennten sich die Siegerländer Bergleute und Metallarbeiter von den christlichen Zentralverbänden. Die Triebfeder in diesem Streit war der Gewerkschaftssekretär Gustav Ermert, welcher bald gleichfalls aus dem Siegerländer Verbande auswich und als Wanderredner in den Dienst des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie trat. In einer Berufsberatung der Bochumer Stadtkammer in vergangener Woche wurde Ermert als Vertreter am christlichen Gewerbeverein der Bergarbeiter entlarvt.

Dem Herr Pl. lag folgende Vorlesung zugrunde: Die Bergarbeiterzeitung veröffentlichte am 1. Juli 1906 einen Artikel gegen Ermert. Es wurde u. a. darin behauptet, Ermert habe, als er noch Mitglied des christlichen Gewerbevereins war, dem sozialdemokratischen Bergarbeiterverband die gesammelten Bezeichnungen und Zirkulare des Gewerbevereins überreicht, sich auch bereit erklärt, Material aus der „Republik“ zu M. Glabbach auszuklebern, was wegen

über Bergarbeiterverband liegt Ermert, der evangelisch ist, in Kurzen zu M. Glabbach auszuweisen. meert strengte gegen den Redakteur Leinwand des Bergarbeitervereins Klage wegen Verleumdung Leinwand wurde vom Schöffengerichte freigesprochen da seine Täterchaft nicht nachgewiesen wurde.

In der Berufungsinstantz erklärte Abg. Ead Ermert habe, nachdem der Zwist zwischen den Siegerländern und dem Gewerbeverein entstanden, die Klage des Bergarbeiterverbandes erachtet, ihm für einen Konsumverein der Siegerländer ein Darlehen von 20.000 Mk. zu geben. Das würde dem Alten Bergarbeiterverbande nicht zum Schaden gereichen und besseres Verhältnis zwischen letzterem und den Siegerländern herbeiführen. Das Darlehen konnte nach dem Statute nicht gewährt werden. Der Zeuge damals die Klagefassung bekommen, als wenn Ermert die Siegerländer dem Verbande habe zuführen wollen. Dem Zeugen Will (Eiserfeld) hat Ermert ein Tages erzählt, er habe beim Reichsverband eine Stelle mit 5000 Mk. Gehalt bekommen. Ermert sei aus dem Siegerländer Verbande zwangsweise ausgeschlossen. Dem Aufsichtsrat des Konsumvereins habe er 3 Prozent, von einer Eisenerzfirma in Düsseldorf drei Prozent, Extrabergütung für seine Person verlangt zu haben. Zur Zeit der Bochumer Konferenz habe er gehört, Ermert sende dem sozialdemokratischen Bergarbeiterverband Material aus den Vorstandsitzungen des christlichen Gewerbevereins.

Der Abg. Brunt erklärte, ein Gleiches gehört haben. — Abg. Gae vom soziald. Bergarbeiter-Verband gab an, zurzeit der Wirren der Siegerländer christlichen Gewerbeverein seien dem Alten Bergarbeiter-Verbande wiederholt geheime Schriftstücke und Zirkulare des Gewerbevereins aus dem Siegerländer Konsumverein abgefordert worden. Ob aber Ermert der direkte Urheber gewesen, wisse er nicht. Über mit Bestimmtheit vermöge er zu sagen, daß die von einer Hand geschriebenen Briefe und Karten nur von Ermert herrühren könnten. Im vorigen Jahre habe sich Ermert, welcher gegenwärtig im „Königsbrunn“ Bergarbeiterverein des Königsbrunn angeheilt ist, als mit ihm gut bekannt hingestellt, obwohl ein persönlicher Bekannter nicht festgestellt habe; die Worte könnten sich nur auf den angezeichneten jährlichen Besuche beziehen. Der beklagte sozialdemokratische Redakteur erhob wegen einer formalen Verleumdung 20 Mk. Geldstrafe, aber der wirklich Beurteilte ist Ermert. In dem Urteil heißt es u. a.:

Der erste Vorwurf ist: Hat der Privatkläger dem Bergarbeiterverband Material gegen diejenige Organisation geliefert, der er damals angehörte? In diesen Vorwurf hat das Gericht den Wahrheitsbeweis durch die Zeugen Will und Gae für erbracht und kann deshalb eine Verurteilung nicht erfolgen. Der zweite Hauptvorwurf ist: Hat der Privatkläger als Leiter eines Arbeiterkonsumvereins sich Provision geben lassen, oder versucht, solche zu erhalten? Auch hierüber hält das Gericht den Wahrheitsbeweis erbracht.

Damit ist Ermert öffentlich gerichtet. Auf solche „Führer“ mögen die „Gelben“ und deren Hintermänner stolz sein. Christliche Arbeiter schütteln sie mit einem schätzigen Hauch von sich ab.

Was die „Gelben“ wollen?

Bei den kürzlich in Kugsburg stattgefundenen Gemeindegewerkschaftswahlen traten auch die „Gelben“ in Aktion. Sie richteten an alle Firmen ein von Ergebenheit triefendes Schreiben, doch von Unternehmerseite die „gelbe Liste“ zu unterstützen. Das Flehen um die Gunst und Unterstützung der Unternehmer wurde u. a. folgendermaßen begründet:

„Verehrlicher Firma dürfte bekannt sein, daß unser Vernein in erster Linie das Bestehen haben, mit dem Arbeitgeber in Ruhe und Frieden zu leben und unberechtigte Forderungen der Arbeiter hintanzuhalten.“ Das Schreiben ist von dem bekannten Clemens Chatelot unterschrieben. Nicht einmal eine Gewerbegerichtswehr vermögen diese Arbeiterorganisationen aus eigener Kraft durchzuführen. Und mit jener Offensivität erklären die „Gelben“, daß sie in erster Linie unberechtigte Forderungen der Arbeiter hintanzuhalten wollen. „Unberechtigt“ ist aber in den Augen der Hintermänner und gewitzigen Triebkräfte der Gelben jedwede Forderung aus Arbeiterkreisen. Gut, daß die Gelben so offen sind. Diese Demaskierung reiht sich vortrefflich dem Verhalten der Kugsburger Gelben vom vorigen Jahre an, wo sie sich gegen die Verleumdung der Arbeitszeit erklärten.

Ob den genasführten Arbeitern die Augen noch immer nicht aufgehen werden?

Streiks und Lohnbewegungen.

Zur Lohnbewegung auf der Ma harte-Gaidhof. Das Münchener sozialdemokratische Organ trauete in seiner Nr. 289 eine Mitteilung, derzufolge die unabhängigen Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes auf Befehl der Parteiführung die Arbeit wieder aufgenommen hätten.

ten. Dieser unbewiesenen Verdächtigung gegenüber sei festgestellt, daß die Wiederaufnahme der Arbeit auf Grund eines einstimmigen Versammlungsbeschlusses erfolgt. Deutlich ist der Umstand, daß die sozial. Führung bei Einleitung der Bewegung die christlich organisierten Arbeiter vollständig ignorierte. Sobald man die letzteren die entsprechende Schlüsselrolle ziehen durch selbstständiges Vorgehen, sind die Herzen „Gerosen“ entkräftet. In einer Rosenberger Versammlung am 21. November suchte der sozialdemokratische Bezirksleiter die dortige Arbeiterschaft für seine Ideen zu gewinnen. Wenn auch seine „Erfolge“ sehr hinter dem Erwarteten zurückblieben, so hat er wenigstens gelernt, daß man durch Schimpfen auf die Christlichen eine schlechte Sache nicht besser macht. Zur Klärung sei noch kurz bemerkt, daß auf dem Hauptwerk Rosenberger der christliche Metallarbeiterverband die Führung hat und dortselbst schon gegen 500 Mitglieder zählt. Auf die kürzlich durchgeführten Verbesserungen wurden im Auftrage der Arbeiterschaft am 14. November der Generaldirektion Lohnforderungen unterbreitet. Der Arbeiterschaft wurde eine Teuerungszulage von 5 Mark für Verheiratete, 3 Mark für ledige Arbeiter pro Monat zugesprochen. Die Unterhandlungen sind indes noch nicht ganz abgeschlossen. Diese Teuerungszulage wurde auch den christlich organisierten Arbeitern in Gaidhof zugesprochen. Damit ist für die christliche Arbeiterschaft der Streit erledigt. Die Arbeiter von der Maghütte mögen hieraus erkennen, daß der christl. Metallarbeiterverband die Interessen seiner Mitglieder zu vertreten versteht. Deshalb, hinein ihr Arbeiter in den christlichen Metallarbeiterverband.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuliefern; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

Bocholt. In der Herdfabrik der Firma J. B. Klinghorst sind Differenzen ausgebrochen.

Düren. In Nölsdorf sind bei der Firma Zimmermann in der Formerei Lohnhöhen ausgebrochen.

Solingen. Die Arbeiter der Firma Hammesfahr sehen im Streit.

Schwabmühl. Bei der Gasuhrfabrik Kromschöder stehen die Arbeiter im Streit.

Muppichterath (Waldhof). Bei der Firma Gebr. Willack, Möbel- und Beschlägefabrik, sind die organisierten Arbeiter wegen Zugehörigkeit zur Organisation ausgeperrt.

Friedenthal (Siegleis). Bei der Firma Linden & Comp., Abteilung Solingen, sind sämtliche organisierten Kollegen ausgeperrt.

Oberstein. Hier sind sämtliche organisierte Schmiedearbeiter ausgeperrt.

Lünen. Ueber die Firma Gottfr. Duitmann ist die Sperre verhängt.

Singen. Ueber die Färbwerke ist die Sperre verhängt.

Arnsfeld. Die hiesigen Elektromonteur sind in eine Lohnbewegung getreten.

Sulzbach. Die hiesigen Flaschner und Fassbinder stehen in einer Tarifbewegung.

Zugzug ist fernzuhalten.

Ahlen i. W. Wie den Kollegen bekannt, schwelgt zwischen den katholischen Stanz- und Schmiedewerken in Ahlen und uns ein Prozeß, um die zwischen uns und der genannten Firma bestehenden Differenzen zu klären. Wir erlauben unsere Mitglieder, sich vor etwaiger Annahme von Arbeit in Ahlen bei unserem dortigen Verbandsvertreter zu melden.

Belanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 8. Dezember der fünfzigste Wochen-Beitrag für die Zeit vom 8. bis 15. Dezember 1907 fällig.

Verloren gegangen sind die Mitgliedsbücher Nr. 29591 in der Ortsgruppe Hamburg und 77432 in der Ortsgruppe Nevißes. Diese beiden Bücher werden hiermit als ungültig erklärt.

Und dem Verbandsgeleit.

Konferenz des Norddeutschen Bezirks.

Am Sonntag, dem 24. November d. J., fand in Hamburg eine Bezirkskonferenz des Norddeutschen Agitationsbezirktes statt. Vertreten waren die Ortsgruppen Altona, Hamburg, Kiel, Lübeck, Bremen, Bremerhaven, Schwartau, Dittlage, Leer, Emden und Papenburg. Nichtvertreten waren die Ortsgruppen Oldenburg und Verden. Seitens der Zentrale war der Verbandsvorsitzende Kollege Weber anwesend. Ebenso waren die Arbeitstischleiter Frank-Hamburg und Borns-Bremen anwesend. Es

wirtschaftssekretär Kollege Hartmann, welcher seit 1. Juli d. J. seitens des Gesamtverbandes in Hamburg freigestellt ist, eröffnete 1/2 Uhr mit begrüßenden Worten die Konferenz. Zunächst wurde ein Bureau, bestehend aus den Kollegen Beder-Hamburg, Schulte-Bremen und Bröder-Emden gewählt.

Der Bezirksleiter Kollege Vogler-Hamburg, welcher infolge langer Krankheit zur Erholung im Süden weilte und somit der Konferenz nicht beizuwohnen konnte, hatte seinen Tätigkeitsbericht schriftlich niedergelegt und wurde derselbe vom Kollegen Hartmann zur Verlesung gebracht. Dem Bericht, welcher sich auf die Zeit vom 15. April 1907 bis 21. November 1907 erstreckt, ist folgendes zu entnehmen. Der Umstand, daß Kollege Vogler den Posten des Bezirksleiters im Nebenamt bezieht, sowie die langandauernde Krankheit desselben, verhinderten eine systematische Ausbreitungsarbeit im Bezirk. So war es nur zeitweise möglich, den christlichen Verkehr mit den Ortsgruppen aufrecht zu erhalten. Die Kollegen Beder-Hamburg, Gelb-Kiel und Sühr-Hamburg unterstützten den Bezirksleiter nach Möglichkeit, indem sie in einer Anzahl Ortsgruppen Vorträge hielten. Neugründungen waren unter den gegebenen Verhältnissen nahezu unmöglich.

Der schriftliche Bericht zeigt sich in folgendem: Es gingen ein in der Berichtszeit 81 Briefe, 48 Karten. In derselben Zeit gingen aus: 93 Briefe, 57 Karten, 15 Pakete und Drucksachen, in Summa 294 Postfächer.

Leider waren auch einige Ortsgruppen in punkto Einwendung der Tätigkeitsberichte recht spärlich. Eingegangen sind die Zahlstellen Lohne und Zwangsingen, neu errichtet dagegen Schwartau und Bremerhaven. In einigen Zahlstellen ist die Entwicklung eine gute zu nennen, so in Hamburg und Dittlage, während andere Gruppen betr. der Mitgliederzahl einen Stillstand zu verzeichnen haben. Untätigkeit vieler Mitglieder, Streikigkeiten in einzelnen Zahlstellen, Mangel an Idealismus usw. sind in der Hauptsache die Gründe, daß es nicht besser vorwärts ging. Insgesamt betrug die Mitgliederzahl im Bezirk am 1. April 1906 479, am Schluß des 2. Quartals 1907 563, somit eine Zunahme von 84 Mitgliedern.

Besser dagegen ist die Entwicklung in den Einnahmen. Dieselben betragen im 1. Quartal 1906: 2750 Mk., im 2. Quartal 1907: 3915,05 Mk., somit eine Mehreinnahme von 1165,05 Mk. Bezüglich der Beitragsleistung sei erwähnt, daß Hamburg einen wöchentlichen Beitrag von 70 Pfennig, Lübeck 55 Pfg., die übrigen Gruppen 60, 55 und einige noch 50 Pfg. zahlen.

Lohnbewegungen fanden 1907 im 1. und 2. Quartal fünf statt. Beteiligt waren 1180 Arbeiter; hiervon gehörten unserem Verbands 124 an, 3 hatten teilweise, 2 keinen Erfolg.

Am Schluß der Berichtszeit wurde seitens des Bezirksleiters an sämtliche Ortsgruppen ein Flugblatt versandt, welches den Zweck haben soll, unter den Kollegen mehr Idealismus zu entfachen und eine intensive Agitation zu entlocken.

Seit Bestehen des Sekretariats vom Gesamtverband hat der Sekretär Kollege Hartmann die einzelnen Zahlstellen besucht. Auch war es möglich, in Waldhofen bei Lübeck ein Hochschwert errichtet wurde, unserem Verband Eingang zu verschaffen, und haben wir daselbst in kurzer Zeit 39 Mitglieder gewonnen, und dürfte die Zahl in der nächsten Zeit noch eine ziemlich Steigerung erfahren. Ebenso sind an verschiedenen Orten die Vorarbeiten zur Erhaltung von Zahlstellen im Gange. Mit den Worten: „Möge der Boden im Norden auch ein harter sein, so bestrebe doch alle Hoffnung, in unsern Verband vorwärts zu dringen.“ Kollege Hartmann seinen Bericht.

Hierauf sprachen die einzelnen Delegierten über den Stand in den Zahlstellen: So berichtet Kiel über das Anwachsen der „Gesper“. Bremen weist auf die Notwendigkeit der Verbandsvereinigungen hin. Von verschiedenen Seiten wird die ablehnende Haltung der konfessionellen Vereine einer Kritik unterzogen; so werden wir in Leer vom Vorstehenden des Evang. Arbeitervereins bekämpft. Beder-Hamburg weist darauf hin, daß manchmal jugendliche Kollegen ihre Zugehörigkeit zum christlichen Verband den Notizen gegenüber nicht offen zum Ausdruck bringen und betonen, es gelte vor allem, einen Farbe zu bekennen.

Hierauf ergriß Kollege Weber das Wort und beantwortete zunächst die von den Delegierten vorgebrachten Beschwerden. Sodann wies Redner darauf hin, daß im Norden von den Kollegen mehr Arbeit, aber auch mehr Schulung erforderlich sei. Ganz besonders wichtig sei für die Entwicklung der christlichen Arbeiterbewegung, daß die konfessionellen Gegenkräfte aus der Agitation ausgeschaltet würden. Hierauf beleuchtet Kollege Weber in großen Umrissen die Notwendigkeit und Bedeutung der christlich-nat. Arbeiterbewegung in der Volkswirtschaft. Es gelte vor allem, wenn eine Fortführung der Sozialgesetzgebung erhofft werden sollte, die bestehende Ordnung anzuerkennen. Nachdem Redner kurz den Berliner Kongreß skizzierte, schloß er mit einem Appell an die Delegierten, in Zukunft wieder an der Weiterentwicklung unseres Verbandes mitzuwirken, seinen mit großen Beifall aufgenommenen Vortrag.

Nach dieser erstattet Kollege Jginski den Kassenbericht, und wird denselben Entlastung erteilt. Der Kassenbestand des Bezirks beträgt gegenwärtig 1012,81 Mark.

Die dann folgende Wahl des Bezirksvorstandes zeitigte folgendes Ergebnis: Bezirksleiter Kollege Hartmann, Kassierer Kollege Jginski, Schriftführer die Kollegen Schulte-Bremen, Gelb-Kiel und Eichen-Albed.

Es dann hielt der neue Bezirksleiter Kollege Hartmann einen Vortrag über „Unsere Weiterarbeit im Bezirk.“ Zunächst mußte das schon bestehende gehalten werden, es bedeuere keinen Gewinn, Neugründungen vorzunehmen, und dabei schon vorhandene Zahlstellen wieder eingehen lassen. Ebenso müsse man bestrebt sein, die Mitglieder-Zustufung zu heiligen; unsere Grundsätze müssen mehr gefestigt werden. Notwendig mache sich der Vertrieb von billigen und guten Broschüren; Unterrichtsarbeit möge man einführen, um so den Mitgliedern Aufklärung und Schulung zu ermöglichen. Vor allem müsse man auf eine musterhafte Gewerkschaft und Kassenführung achten, das Vertrauensmännertum solle gut ausgebildet sein. Neben dem Vortrag sollte unbedingt eine Agitationskommission tätig sein. Ebenso gelte es, die Lagerstätte für unsere Schriften zu gewinnen.

Auch sollen in den Verkehrsnotizen unsere neuen Plakate ausgehängt werden. Machen wir uns in der Öffentlichkeit bemerkbar, so wird man auch mit uns rechnen müssen. Streitigkeiten dürfe man nicht in den Ortsgruppen ausblenden lassen, denn nur Einigkeit können uns dem Ziele näher führen.

Anschließend an diesen Vortrag gab Kollege Weber noch einige praktische Winke bez. der Unterrichtskurse usw. Nachdem dem bisherigen Bezirksleiter Kollege Vogler und seinem Stellvertreter Kollege Beder der Dank des Bezirks für die mühevollen Arbeit ausgesprochen, schloß 8 1/2 Uhr die ausregende und hoffentlich reiche Frucht tragende Konferenz. Kollegen Norddeutschlands! Unsere Parole: Alle Mann an Bord!
G. S.

Danzig. Staatliche Betriebe sollten eigentlich Musterbetriebe sein; leider ist es aber nicht überall der Fall. Das letztere trifft auch auf die hiesige Kaiserliche Werft zu. Auch in diesem Staatsbetrieb sind viele Mißstände vorhanden, die den Arbeitern berechtigten Grund zum Klagen geben. Diese Klagen kamen in einer von unserm Verband einberufenen Betriebsversammlung am 15. November zum Ausdruck.

Der Referent Kollege B. schilderte eingangs seiner Ausführungen die verschiedenen Mängel innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung, behandelte dann die Arbeitgeberverbände, die ihre Macht leider zum Teil gegen die aufstrebende Arbeiterschaft verwenden, und unterzog dann die Zustände auf der Kaiserlichen Werft einer eingehenden Kritik. Der reiche Beifall am Schluß des Referats betundebe das Einverständnis der Versammlung mit den interessanten Darlegungen.

In der anschließenden Diskussion wurden von mehreren Kollegen noch Einzelfälle angeführt, die das Referat noch wirkungsvoll ergänzten. Hierauf kam folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

„In Ermägung, daß verschiedene Mißstände in dem Betriebe der Kaiserlichen Werft zu verzeichnen sind, die zu gerechten Klagen Veranlassung geben, spricht die heute statt besuchte Versammlung offen ihre Unzufriedenheit aus, und erwartet, daß eine bessere Regelung und gerechte Verteilung der Lohn- und Akkordarbeit vorgenommen wird. Des ferneren erweisen sich die Aufenthaltsräume und Waschvorrichtungen als völlig unzureichend, ebenso fehlt es an Sauberkeit in den Bedürfnisanstalten. Erwünscht ist ferner eine gerechte Verteilung der Schulkleider bei der Arbeit. Auch die Behandlung der Meister und Werkführer ihren Untergebenen gegenüber erweist sich vielfach als einseitig und ungerecht, während die Günstlinge der Meister bei allen Gelegenheiten bevorzugt werden. Sie erwarten deshalb ein gleiches Recht für alle.“

Im Interesse des sozialen Friedens erwartet die Versammlung von der Kaiserlichen Obermerst-Direktion eine eingehende Prüfung der geschilderten Mißstände und deren baldige Beseitigung.

Nach Aufnahme einer Anzahl neuer Mitglieder wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Schweinfurt. Die christliche Gewerkschaftsbewegung hat in Schweinfurt nicht nur festen Fuß gefaßt, sondern ist auch in ihrem Aufschwung begriffen. Dies zeigt so recht die am 16. Nov. stattgefundene Versammlung. Im vollbesetzten Saale der Herberge zur Heimat referierte Herr Gewerkschaftssekretär Konrad-Münchberg über den Deutschen Arbeiterkongreß in Berlin und schilderte in nahezu einstündiger Rede den Verlauf desselben. Er berührte hierbei den Aufschwung, den die Industrie, hauptsächlich die Eisen- und Stahlindustrie, in Deutschland in den letzten Jahren genommen, und dadurch England weit überflügelt hat. Zugleich zeigte er an einer Reihe von Beispielen sowie auch nach der Statistik, daß mit dem Vormarschreiten der Industrie nicht gleichen Stand gehalten hat die Besserung der Arbeitsverhältnisse, daß vielmehr in den letzten Jahren die Unfälle sich in furchtbarer Weise mehrien, daß gerade in der Eisen- und chemischen Industrie verheerende Krankheiten immer weiter um sich greifen. Ferner wies er darauf hin, daß die Löhne in keinem Vergleich mehr stehen mit der ständigen Preissteigerung der Lebensmittel, der Wohnungsmiete usw. Er zeigte ferner, daß die Arbeitgeber sich immer mehr in Kartellen und Trusts zusammenschließen, um möglichst hohe Gewinne zu erzielen, was ja aus der Dividendenverteilung ersichtlich ist. Er sei daher Pflicht der Arbeiter, sich ebenfalls zu organisieren, um so eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu erreichen.

Hier schloß sich als 2. Redner Gewerkschaftssekretär String-Lemberg an. Wir sind überzeugt, daß durch ihn eine Kraft gewonnen ist, die nicht nur das ihm übertragenen Arbeitsfeld zu behaupten, sondern dasselbe noch bedeutend zu vergrößern weiß. Das beweist am besten eine Versammlung, welche Sonntags in einem Steigerwaldorte stattfand. Dort hat derselbe 60 Kollegen gewonnen. Ein gewiß schöner Erfolg.

Als dritter Redner sprach noch Herr Arbeitstischleiter Schwarz, welcher zu einem unbedingt festen Zusammenhalt aufforderte und zugleich seinen beiden Kollegen den Dank aussprach für ihr Wirken am hiesigen Orte, auf diesem so schmerzlichen Arbeitsfelde. So konnte denn auch am Schluß der Versammlung der Vorstehende konstatieren, daß es wohl eine der bestbesuchtesten christlichen Versammlungen hierorts war und auch das richtige Verständnis unter den Arbeitern herrsche. Nur so weiter und wir müssen zum Ziele kommen.

Außer einigen Genossen, welche sich möglichst auffällig benahmen, verursachte niemand eine Störung. Dagegen suchte man in einer am Montag in Oberndorf von uns einberufenen Versammlung den Christlichen heimzugahlen und hatte man sich hiezu einen Kampferproben Stürmer, sowie eine Anzahl zielbewusster Genossen mitgenommen. Dieselben, besonders Herr Martersteig aus Statigart, wurden aber von Herrn Konrad gehörig abgeführt. Darob großes Geheul bei den Genossen. Doch für uns gilt der Grundsatz: Immer voran! Auf Kampf folgt Sieg!

Dreizehn Neuaufnahmen hatten wir in Schweinfurt zu verzeichnen. Und stetig steigt unsere Zahl, fortwährend wächst die Begeisterung für unsere christliche Organisationsidee. Das ist die beste Antwort auf alle Unversöhnlichen von rechts und links.

Bronnberg. Die Vorbereitungen für die Erwidlung der christlichen Gewerkschaftsbewegung sind hier sehr schlechte. Sprachliche und konfessionelle Gegensätze lassen die so bitter nötige Einheit des christlichen Arbeiterelements nicht zustande kommen. Kreise und Personen von Einfluss betreiben die Verhinderung systematisch. Die hiesigen Dunderstube Gewerkschaften werden mehr oder weniger protegiert und gehen trotzdem den Krebsgang. Die sozialistischen Gewerkschaften entwickeln sich stetig, ziehen doch gerade sie den Mitten aus der politischen und konfessionellen Verhinderung, welche hier betrieben wird.

Zu alle den Mühsaligkeiten kommen noch mehr. Der Alkoholismus spielt leider eine große Rolle und erstört so in der Arbeiterschaft jedes Streben nach geistiger Weiterbildung. Dieser Zustand bewirkt wiederum, daß die Charaktereigenschaften verrohen und verderben, unter welchen die Gewerkschaften, die doch gewissenhaft zu führende Elemente an Kollegen verbergen müssen, schwer leiden. Es fällt somit nicht leicht, solche Kollegen zu finden, denen das Wohl und Wehe ihres Standes unter den geschädigten Verhältnissen vertrauensvoll in die Hände gelegt werden darf.

Auch unsere Ortsgruppe hat mit solchen Schwierigkeiten zu rechnen, seitdem unserer früheren Vorsitzender Kollege Karl Holtz nach Brandenburg verzogen ist. Nach einigen unbeschwerlichen Erfahrungen ist doch jetzt die Hoffnung berechtigt, daß in bezug der Verwaltung die richtigen Kollegen an leitender Stelle stehen. Unser Vorsitzender ist Kollege Friedrich Becker, Bromberg-Prinzental, Kattelerstraße 59. Alle Zuschriften sind an ihn zu richten.

Mögen nun die Mitglieder durch eifrigen und pünktlichen Versammlungsbesuch bestrebt sein, ihre gewerkschaftlichen Kenntnisse zu erweitern. Der Vorstand wird sein Bestes tun, um die Versammlungen interessant zu gestalten. Mögen die Mitglieder aber auch durch eifrige Agitation die Mitgliederzahl zu heben suchen. Nur wenn diese Vorbereitung erfüllt ist, werden wir in die Lage versetzt, erfolgreich an die Verbesserung der mangelhaften Arbeitsverhältnisse am Ort arbeiten zu können.

Eisenach. Die Ankündigung einer öffentlichen christlichen Gewerkschaftsversammlung am 14. November hatte am hiesigen Ort ein lebhaftes Interesse erweckt, wie der zahlreiche Besuch erkennen ließ. Der Referent, Herr Abgeordneter Kollege Behrens behandelte in großen Zügen die Bedeutung der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Die sozialistische Bewegung mit ihrem Klassenkampfprinzip könne das arbeitende Volk weder kulturell noch wirtschaftlich heben. Nicht heraus aus der bürgerlichen Gesellschaft, sondern hinein in die bürgerliche Gesellschaft müsse die Parole sein. Es sei eine wichtige Aufgabe der christlichen Gewerkschaften, die Hebung des arbeitenden Volkes zu fördern und dafür zu sorgen, daß auch die Arbeiter der Fortschritte des Kulturlebens und der Segnung derselben teilhaftig werden. Notwendig sei es ferner, dafür einzutreten, daß alle Staatsbürger vor dem Gesetze gleich seien. Treten wir ein für die sittliche, soziale und wirtschaftliche Hebung der Arbeitshamer, damit dienen wir nicht nur der deutschen Arbeiterschaft, sondern dem gesamten deutschen Vaterlande. Lebhafter Beifall folgte.

An der Debatte beteiligten sich keine Gegner, trotzdem mehrere sozialdemokratische Kartellmitglieder mit ihren Parteivorständen anwesend waren. Nach einem anerkennenden Schlusswort des Referenten wurde die Versammlung geschlossen, die für die Weiterentwicklung der christlichen Gewerkschaften hier am Ort das Beste erhoffen läßt.

Pöschum. Am 17. November tagte hier eine vom Kartell einberufene, von ca. 400 Personen besuchte Vorstandsvollversammlung der Vertrauensmänner-Konferenz sämtlicher Berufs- und Gewerkschaften über die Aufgaben der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Die imposante Versammlung hat sehr viel dazu beigetragen, neuen Mut und Begeisterung in die Reihen der leitenden Personen zu tragen. Überall regt es sich in der Agitation. Deshalb sei auch an dieser Stelle allen Vertrauensmännern unseres Verbandes zugewandt, heran zur Mitarbeit, tatkräftig eingeseht, denn wir Metallarbeiter müssen in Vorkam an die Spitze der christlichen Gewerkschaftsbewegung gelangen. Wenn jeder einzelne von uns seine Pflichten als Verbandsmitglied voll und ganz erfüllt, dann werden wir dieses Ziel bald erreicht haben.

Wie notwendig die Bochumer Metallarbeiter die Organisation haben, können sie tagtäglich aus den verschiedensten Vorgängen erkennen.

So gar taktische Mißhandlungen kommen noch hier und da vor. Ein besonders schlagfertiger Sorgehefter ist der Herr Jugentier Feldmann auf dem Bochumer Verein. Im vorigen Jahr erhielt ein Maurerpolier H. seine Krüge und vor einigen Tagen wurde dem Zimmerpolier P. dieselbe Lebensmühsaligkeit gezeigt. Dieses Vorkommnis sollte den Arbeitern des Bochumer Vereins doch zeigen, daß sie samt und sonders sich der Organisation anschließen müßten, um solche Uebergriffe beizulegen zu können. Aber wie wird es gemacht, Arbeiter, die auf anderen Arbeitsstellen der Organisation angehört haben, verlassen dieselbe wieder, sobald sie die Laxe des Bochumer Vereins betreten. Größtenteils aus Furcht oder in dem Glauben, jetzt es nicht mehr nötig zu haben, da der Bochumer Verein so schöne Einrichtungen, als Wohnungskolonie, Kasse und Logishaus usw. hat. Hört man aber einmal die Einrichtungen richtig schildern, so bekommt man ein anderes Bild von der Sache. So wurde uns vor kurzem berichtet, daß ein Speiseaal des Kasse- und Logishauses bei kürzlich bei der Dekorierung der Jubilare Kleiderkasten angebracht worden waren, bisher hätten die Arbeiter ihre Güte bei sich auf die Bank genommen. Gestrichelt hat man auf den Plätzen des Logishauses, aber die Arbeiter müssen, wenn sie auf ihre Zimmern Licht haben wollen, sich selbst Lampen und Petroleum kaufen. Die Badeeinrichtungen im Logishaus sind nur Samstags und Sonntagmorgens zu gebrauchen, da man es nicht für nötig hält, an anderen Tagen warmes Wasser zu schaffen. So wären noch viele Sachen aufzuzählen. Es möge dieses vorläufig genügen. Ob es bei den Arbeitern des Bochumer Vereins nun bald bannert? Wir wollen es hoffen!

Am Sonntag den 24. November fand hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt mit der Tagesordnung: Wahl eines neuen ersten Vorsitzenden. Zum dritten Male mußte jetzt unsere Ortsgruppe im Zeitraum von etwa 3 Jahren innerhalb des Jahres eine Neuwahl vornehmen. Zuerst wurde uns unser Vorsitzender, Kollege Bergmann genommen und als Gewerkschaftssekretär nach Bayern veretzt, worauf Kollege Debenbach den Vorsitz übernahm. Das dauerte aber nicht lange, denn kurze Zeit darauf wurde auch dieser abberufen und wurde Arbeitersekretär in Neuß. Alsdann wurde unser Kollege Kiperfeld gewählt mit der Hoffnung, daß dieser uns mal länger erhalten bliebe. Jedoch abermals eine Täuschung, derselbe tritt nämlich am 1. Januar in Wülheim am Rhein die Stelle als Arbeitersekretär an.

Kollegen, das ist ein Beweis, daß hier ein reger gewerkschaftlicher Geist und gute Schulung vorherrscht, sonst könnten sich in so kurzer Zeit nicht solche Kräfte entwickeln. Gewiß gereicht das unserer Ortsgruppe zur Ehre, ungeachtet der schwierigen Situation, wo wir dann jedesmal hineinverjast werden.

Kollege Kiperfeld konnte leider nicht in der Versammlung anwesend sein, da er durch Krankheit behindert war.

Der zweite Vorsitzende, Kollege Werner führte aus, die Versammlung hätte die Pflicht, dem scheidenden Kollegen Kiperfeld für seine ruhige Tätigkeit alle Anerkennung auszusprechen. Kollege Werner brachte ihm nun als äußeres Geschenk der Anerkennung das Bild von der Generalversammlung in Aachen. Als erster Vorsitzender wurde darauf Kollege Siegel gewählt. Dazu kam noch die Wahl eines ersten Schriftführers, da der jetzige Schriftführer Schäfer verzogen ist. Die Wahl fiel auf den Kollegen Böhmer. Kollege Siegel mußte dann das Amt als Obmann der Vertrauensmänner abgeben, wofür Kollege Berg gewählt wurde. Jetzt Kollegen von Kalk heißt es aber auch den neugewählten Vorstand zu unterstützen, um zu zeigen, daß wir gewillt sind, die Ortsgruppe Kalk des christl. sozial. Metallarbeiterverbandes auf die Höhe zu bringen, wo sie hingehört!

Waldhufen. Endlich hat unser Verband auch hier Boden gewonnen. Am 10. und 17. November hielten wir zwei Versammlungen ab, in denen Arbeitersekretär Hartmann referierte. Der Erfolg zeigte sich in der Gründung einer Zahlstelle, der sofort 28 Kollegen beitraten. Ein schönes Arbeitsfeld ist noch vorhanden, sodaß wir bei eifriger Agitation auf weiteren Zuwachs bestimmt rechnen können.

Die Zahlstelle ist der Ortsverwaltung Lübeck angehängt, um dem Zentralisationsprinzip Rechnung zu tragen. Eigene Versammlungen müssen natürlich für unsere Zahlstelle hier abgehalten werden. Für die Kollegen vom Hofhofen sollen vorläufig jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, nachm. 3 Uhr, in Waldhufen im Lokal des Herrn Böß und für Danischburg-Serzch am selben Tag in einem dortigen noch zu bestimmenden Lokal Versammlungen stattfinden. Am 17. Nov. wurden auch die Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner gewählt.

Ein erfolgversprechender Anfang ist nun gemacht. Jetzt heißt es festhalten, tüchtig agieren, um das Angefangene weiter auszubauen, und alle Kollegen für unsere Sache zu gewinnen.

Versammlungs-Kalender.

Kollegen! Ein pünktlich bewachter Gewerkschaftler wird ohne zwingenden Grund in keiner Versammlung fehlen.

Altötting. Sonntag, den 8. Dezember, vorm. 10 Uhr, Versammlung.

Berlin. Mitgliederversammlung für Groß-Berlin findet jeden 2. Sonntagabend im Monat abends 9 Uhr im Lokale Seydewitz 30 (am Spittelmarkt) statt. Bureau u. Arbeitsnachweis Berlin D 17 Küberstraße 60.

Bielefeld. Freitag, den 29. Dez. abends 6 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Debour, Ferrierstraße 84.

Quisburg I. Samstag, den 7. Dezember, abend 6 1/2 Uhr, Seitenstraße 19 Versammlung.

Quisburg-Großenbaum. Sonntag, den 8. Dezember, nachmittags 5 Uhr bei Römer in Buchholz Versammlung.

Quisburg-Freimersheim. Sonntag, den 8. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr bei Gies, Freimersheimerstr. Versammlung.

Dortmund. Sonntag, den 8. Dez. 11 Uhr Mitgliederversammlung Gewerkschaftshaus.

Essen. (Schloßer und Schmieße der Kleingewerke). Sonntag, den 7. Dezember abends 8 1/2 Uhr Versammlung im christlichen Gewerkschaftshaus, Frohnauerstr. 19.

Essen-Rüttenscheid. Sonntag, den 8. Dezember, abends 6 Uhr Versammlung bei Wallary, Rüttenscheidstr.

Essen-Untrop. Sonntag, den 8. Dezember, vorm. 11 Uhr Versammlung bei Untrop.

Essen-Berge-Vorbeck. Sonntag, den 8. Dezember, abends 6 Uhr Versammlung bei Voortmann, Hochstr.

Essen-Altenessen. Mittwoch, den 11. Dezember, abends 8 Uhr Versammlung bei Eßer, Hammerstr.

Eisenach. Sonntag, den 7. Dez. abends 8 Uhr findet eine öffentliche Mitglieder-Versammlung im Restaurant zur Post statt.

Flensburg. Mittwoch, den 11. Dezember, Versammlung bei Rabe, Marienstraße 1.

Hedderheim. Jeden 1. Sonntag im Monat. Nächste Versammlung Sonntag, den 4. Dezember, nachmittags 4 Uhr Mitgliederversammlung mit Vortrag im Versammlungsalal „Hemercafel“ bei Hilt Weigand.

Herrn. Mittwoch, den 11. Dezember, abends 8 1/2 Uhr bei Etenberg, Bahnhofsstraße.

Homburg-Varop. Sonntag 8. Dez. 5 Uhr Mitglieder Versammlung bei Kliner (Station).

Verwaltungsrat Hannover-Linden. Sonntag den 8. Dezember nachm. 3 1/2 Uhr außerordentliche Generalversammlung im Geschäftslokal der Arbeiter-Postale Hannover, am Barfäß 6 (Hofstr. 2. Wallmann, Bezirksleiter. Tages-Ordnung: Berichtlegung Hannover-Linden.

Kray. Sonntag, den 22. Dezember, vorm. 11 Uhr bei Gumbert Versammlung.

Stuten. Sonntag, den 8. Dezember, vorm. 11 Uhr. Möllmann außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Das verräterische Treiben der rotell Metallarbeiter und was daraus zu ziehen wir daraus.

Ludwigshafen. Unsere Mitgliederversammlungen finden jeweils am 1. und 8. Samstag im Monat statt. Lokal bei M. Röhrlichstr. 22. Die nächste Versammlung ist am 7. Dezember. Der Vorsitzenden wohnt Bleichstr. 28 II. Et.

Oberhausen (Rhd.). Sonntag, den 8. Dezember, vorm. 5 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung. Vortrag: Kollegen Bergmann-Quisburg. Nachdem Werkstattdarstellung Werte Mele Montagne und Wilt. Grillo. Sonntag, den 8. Dezember, vorm. 11 1/2 Uhr, Große öffentliche Versammlung Staat Neumarkt. Redner: Zentralvorsitzende Wiber-Quisburg. Kollegen sorgt für guten Verlauf.

Oberhausen-Sterkrade. Sonntag, den 8. Dezember, nachm. 5 Uhr, Vorstands- und Vertrauensmännerkonferenz. Ziel muß erreichen.

Oberhausen-Mühlh. Strum. Sonntag, den 15. Dezember, nachm. 6 Uhr, öffentliche Versammlung bei Knüferma M.-Strum. Redner: Zentralvorsitzender Wiber-Quisburg. Kollegen aus dem ganzen Mühlheimer Bezirk müssen sich an die Versammlung beteiligen.

Deleberg. Sonntag, den 15. Dezember, nachmittags 6 Uhr öffentliche Versammlung bei Josef Graaf. (Sängerhalle) Röhlgenerstraße. Jeden Freitag Abend von 8—9 Uhr Geschäftsstunde bei Kollege Anton Vogel, Röhlgenerstraße. Dasselbst werden alle Meldungen der Mitglieder entgegengenommen, sowie Auskunft erteilt.

Delde. Nächste Versammlung Samstag, den 7. und 14. Dezember, abends 8 1/2 Uhr bei Sommer. Es wird gebeten, Mitgliedsbücher mitzubringen.

Wietmar. Sonntag, den 8. Dezember, nachmittags 4 Uhr bei Wibelmann, Kohlenstraße.

Witten-Annen. Freitag, den 15. Dezember, nachmittags 5 Uhr außerordentliche Generalversammlung im evang. Vereinhaus. — Sektion Witten. Samstag den 7. Dezember, abends 8 1/2 Uhr Versammlung.

Sterbetafel.



Reinershausen. Unser Kollege Joseph M. starb im jugendlichen Alter von 20 Jahren an Blinddarmentzündung.

Essen. Am 23. November verstarb unser Mitglied H. Michel im Alter von 32 Jahren an Lungentzündung.

Ehre ihrem Andenken!

Seeben erschienen!

Jhr. und Nachschlagebuch für Werkstatt und Bureau des gesamten Maschinenbaus

— von C. Bauermeister & W. Süde. —

Dies Buch eignet sich vorzüglich als Leitfaden für den Praktiker und gibt Werkweitem, sowie Schloßern, Fräsern, Drehern über alle in der Werkstatt vorkommenden Fragen Aufschluß. Preis 3 Mk. pro Stück.

Ku beziehen durch den Verlag von Aug. Sölger, Unter Baranen und Filiale Sölger, Berlin, Schwedenstraße 13 II.

Lücht. Feilenhauergehilfen

geget guten Lohn auf sofort gesucht von

Feilenhauermeister Franz Gufte

in Warkeln i. Westf.

Mehrere tüchtige, selbständige arbeitende

Schloßer

welche schon im Dampfmaschinen- und Werkzeugmaschinenbau gearbeitet haben, werden zu sofortigem Eintritt für dauernde Beschäftigung gesucht.

Offerten mit Zeugnisabschriften unter G. 329 an Rudolf Hoffe Gotha.

Riepenferl

Tabake sind allen voraus!

1/2 Pfd.-Pacete à 20 Pfg. bis 1 Mark.

Heerall käuflich!

Alleinige Fabrikanten:

Oldendt-Dees.